

Glanz und Elend der deutschen Geschichte
Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017
Band 10

**Das Märchen von Souveränität, Demokratie und
Rechtsstaatlichkeit ...**

Band 10/130

Die Neue Weltordnung des US-Imperiums, Teil 6

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. Oktober 2009 (x887/...): >>>Sarrazin oder das Ende der politischen Korrektheit

Sarrazin, der Sarazener, wie sein Name auf französisch heißt, der gut angepaßte Einwanderer, dessen Vorfahren vor Jahrhunderten als Hugenotten einmal in Deutschland Aufnahme vor religiöser Verfolgung fanden, hat mehr als Mut bewiesen, als er öffentlich aussprach, was die meisten Deutschen über die türkischen und arabischen Einwanderer in unserem Land denken. Aber was heißt hier Mut. "Mut zeigt auch der Mameluck. Gehorsam ist des Christen Schmuck."

Eben diesen Gehorsam verweigerte Sarrazin dem System der politischen Korrektheit. Kühnheit aber heißt zu wissen, wann der Zeitpunkt gekommen ist, an dem man das Unbehagen, das alle empfinden, aussprechen muß. Die historischen Wendepunkte werden durch die richtigen Worte im richtigen Moment eingeleitet. Siehe Leipzig, "Wir sind das Volk!" Sarrazin hatte den richtigen Zeitpunkt.

Vor seiner Zeit wurden Menschen, die Binsenwahrheiten aussprachen oder einfach ihre Meinung sagten, gejagt. Immer, wenn in Deutschland einer den Mund aufmachte und aus der Front der politisch Korrekten ausschied, wurde er gejagt. Von einer Gruppe, die es auch heute noch gibt und sich Antifa nennt. (Antifa ist eine Abkürzung von Antifaschismus.) Und von der linksliberalen Presse. Manchmal genügte es schon, wenn man Hitlers Autobahnen erwähnte, die bekanntlich schon lange vor seiner Machtübernahme geplant waren, oder, wie die beliebte Fernsehsprecherin Eva Herman, die Mutterschutzgesetze im NS-Staat, mit denen der Kinderreichtum gefördert werden sollte. Dann erfolgte der Appell der Antifa-Jagdkommandos an die demokratischen Parteien.

Nicht selten mit Erfolg auch bei CDU und FDP. Antifaschistische Bündnisse wurden geschmiedet und Geld eingeworben, das noch immer jährlich in zweistelliger Millionenhöhe für den "Kampf gegen Rechts" bereitsteht. Der Treppenwitz ist nur: Die Antifa-Leute sind meistens selber Extremisten. Und zwar Linksextremisten. Anhänger von Stalin und Lenin. Kommunisten. Manchmal auch Anarchisten. Ihre eigenen Grüppchen haben meist keine Aussicht auf Erfolg bei der Bevölkerung oder bei den Wahlen. Deshalb suchen sie ihren Einfluß durch die "Antifa-Ausschüsse". Diese Taktik hat eine lange Tradition bei den Kommunisten und reicht weit in die 20er des vorigen Jahrhunderts hinein.

So lange gibt es "Antifaschisten", und sie hatten schon damals die gleiche Funktion wie heute: den Bock zum Gärtner, radikale Linke zu Hütern der Demokratie zu machen.

Das ganze System der Ausgrenzung hat im Falle Sarrazin versagt. Die Waffe der politischen Korrektheit war stumpf geworden. 85 Prozent aller Leserbriefe und E-Mails gaben Sarrazin

recht, die großen Zeitungen wie die "Welt" oder die "FAZ" schlugen sich auf seine Seite. Die "FAZ" sah in einem Leitartikel auf Seite 1 einen Zusammenhang zwischen der Aufforderung zu mehr Zivilcourage nach dem Mord an Dominik Brunner, der sein Eingreifen gegen gewalttätige Schläger mit dem Leben bezahlt hatte, und dem öffentlichen Auftreten von Sarrazin.

Selbst der Zentralrat der Juden, der gegen den ehemaligen Berliner Finanzsenator fast schon automatisch die Faschismus-Keule geschwungen und ihn mit Hitler verglichen hatte, machte einen Rückzieher und entschuldigte sich bei dem jetzigen Bundesbank-Manager. Seine Motive für die Einmischung in den Fall Sarrazin bleiben rätselhaft und sollten auch nach der Entschuldigung nicht unter den Tisch gekehrt werden.

Manchmal, wenn man aus Spaß oder Neugierde in die Linkspresse guckt, in die "taz" ebenso wie die "Süddeutsche", - sie unterscheiden sich immer weniger - so kriegt man einen Schreck. Die leben immer noch wie vor der Wende.

Die eisgraue Reserve, vor allem "taz"-Oldie Semmler (Steine-Semmler, der Sieger in der legendären Steineschlacht gegen die Polizei am Tegeler Weg von 1969, als die Studentenbewegung von 1967 endgültig in die Gewalt abdriftete), Ströbele, Kreuzberger "Urgestein" und Ex-RAF-Anwalt mit Leib und Seele, und so unbeirrbar, also unbelehrbar Linksschreiber wie Leyendecker in der "Süddeutschen" und die große, aber überschaubare Zahl ihrer Anhänger leben noch in der Vergangenheit, der Zeit vor der Wende.

Dies wurde nicht erst am Wahltag im September sichtbar. Die Alt-Linken und die Linksliberalen sind einfach noch nicht angekommen in der Wirklichkeit. Für sie ist immer noch Atomtöter-Zeit, Angst-Zeit, Antifa-Zeit, Trittin-Zeit, Flaschenpfand- und Windmühlen-Zeit - SED und Stasi halb so schlimm.

Wenn man die "Süddeutsche", die "taz", manchmal auch die "Zeit" aufschlägt, Radio hört wie den einst konservativen, heute links-anbiederischen Deutschlandfunk, die Fernsehmagazine wie Panorama und Monitor sieht, die seit 30 Jahren gleichgeschaltet sind, und die vielen ehrlichen, aber dummen SPD-Mitglieder (Der Ehrliche ist immer der Dumme) - sie alle schreiten immer noch Seit' an Seit', und die alten Lieder klingen, und sie spüren immer noch, es muß gelingen.

Mein Gott! Sie merken es nicht. Sie werden ihre linken Lebenslügen mit ins Grab nehmen: 1. Kapitalismus ist an allem schuld. 2. Kommunismus hatte Fehler, war aber nicht so schlimm. 3. Terrorismus ist auch nicht so schlimm, weil eigentlich für die gute Sache. Letzten Ende auch irgendwie links. Dafür haben sie gekämpft. Doch was da mit großer Energie und Verbissenheit gegen die "Ewiggestrigen" und "Stichwortgeber" verteidigt werden soll, ist nichts Geringeres als die eigene Medienmacht, die Dauerverfügung über Schulen und Universitäten, Parteien und Gewerkschaften, Verlage und Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen.

Wissend, daß eine Zweidrittelmehrheit aller Deutschen - auch in der SPD - die offen angestrebte Volksfront aus SPD, Grünen und der umbenannten SED-Linken ablehnt, wissend, daß sich zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung ein sich ständig verbreiternder Graben auftut, fühlt sich die kleiner werdende, aber in der Verteidigung ihrer Macht und ihrer Jahresgehälter radikale Minderheit der Betroffenheitsprofis und festangestellten Trauerarbeiter nicht zu Unrecht in ihrer Alleinherrschaft bedroht. Ihre Zeit ist um. Aber sie merken nichts. Sie werden ihre linken Lebenslügen mit ins Grab nehmen.

Während die neue Regierung sich zusammenrauft und Rußland, China und Indien immer mächtiger werden und

Obama langsam auf Normalmaß schrumpft, preisen sie immer noch die alten Helden - Greenpeace gegen Atomkraftwerke! Gewerkschaften gegen Ausbeutung und Entlassungen. Höhepunkt in dieser Woche: Wallraff als Neger! Türke war er vor Jahrzehnten, 1985. Alles war echt, nichts war getürkt, auch der Reinverdienst. Nun diese neue, mutige Tat. Heldenhaft. Als Neger in die deutsche Provinz. Was kann denn dieser Mohr dafür, daß er so weiß nicht ist wie

ihr? Zum Schrecken mancher Hausfrauen, Vermieter oder Vereinsvorsitzenden. Latenter Rassismus. Wieder einmal wurde das deutsche Volk entlarvt. Ganze Seite in der "Süddeutschen". Von Leyendecker persönlich. Lachen Sie nicht.

Beinahe wären wir alle auf diese Schnulzen hereingefallen. So wie die Antifa, die politische Korrektheit und der Ökowahn beinahe gesiegt hätten. Aber wie sagt unser größter antikomunistischer Dichter Bertolt Brecht: "Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!"

Holzauge!<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. Februar 2010 (x887/...): >>>Untergangsbeschwörer vor dem Aus?

von Klaus Rainer Röhl

Jeden Tag schippen wir dreimal hintereinander Schnee. Seit sechs Wochen. Die Straßen werden vom Streudienst freigehalten. Aber das Salz wird in einigen Bundesländern schon knapp. Heizöl muß zum zweiten Mal nachgefüllt werden. Alte Leute und Kranke fallen dauernd hin, die Versicherungen sind alarmiert über die große Zahl von Knochenbrüchen, die in den Krankenhäusern versorgt werden müssen. Aber die Kinder sollen sich freuen. Jeden Tag können sie mit ihren Eltern Schneemänner bauen und Schnellballschlachten machen. Schön, dieser Winter. Aber selbst für die Kinder ist der Winter langsam langweilig. Schneemannbauen macht nur beim ersten Mal Spaß. Schlittenfahren wird nach drei Wochen langweilig. Viele sind erkältet. Die Erwachsenen warten auf die nächste Tagesschau:

Wann kommt endlich wieder die Erderwärmung? Nix. Stand 15. Februar. In Köln ist wenigstens Karneval, auch in Mainz und München ist mächtig was los. Hauptsächlich im Fernsehen. Die immer gleichen Karnevalssänger und die Fernsehreporter versuchen, gute Laune zu verbreiten. Ja, Nicole, wie ist denn die Stimmung auf dem Rathausplatz? Bombig! Was soll die durchgefrorene, nur mäßig durch Glühwein beschwingte Lokalreporterin schon sagen? Die Stimmung ist mies. Außer bei den schwer alkoholisierten Jugendlichen. Also wieder die gleichen doofen Witze über die Ehefrau und ihre eingebildeten Krankheiten, den bis zum Platzen dummen Bauchredner mit seiner Plastikpuppe. "Ihr seid alle bekloppt!" Fein beobachtet.

Keine brisanten Themen auf den Karnevalswagen. Abwrackprämie? Kann schon keiner mehr hören. SPD und die "Die Linke"? Wo ist da der Witz? Arbeitslosigkeit? Haiti? Hartz IV? Kinderarmut? Moschee-Bauten? Deutschland als Zahlmeister für den Euro? Darüber macht man keine Scherze. Also lieber wieder den Bauchredner und die Witze über die Frauen, die nicht Auto fahren können. Alaaf. Helau. Wauwau.

Schade. Dabei hätte es diesmal ja eine ganze Menge Stoff für die Karnevalswagen gegeben: Die geplatzen Behauptungen über eine "Klimakatastrophe", über die zunehmende "Erderwärmung", über die schmelzenden Gletscher auf dem Himalaja oder die Dürrekatastrophen in Afrika, die drohenden Überschwemmungen, also kurz, die Zerstörung der Mutter Natur durch den profitgierigen Menschen, und den gedankenlosen Konsum von - eigentlich allem, was gut schmeckt und sich gut anfühlt. Es ist kurz vor zwölf.

Das jedenfalls verkündet vor allem der Weltklimarat der UN (IPCC) unter seinem jetzigen Chef, dem gebürtigen Inder Rajendra Kumar Pachauri. Vor einigen Monaten geriet der Weltklimarat allerdings böse in die Schlagzeilen. Ein führender Forscher der englischen Climate Research Unit (CRU), die dem IPCC zuarbeitet und an der Vorbereitung des Weltklimagipfels beteiligt war, hatte einen amerikanischen Kollegen aufgefordert, alle E-Mails zu löschen, aus denen hervorging, daß die Erdtemperaturen, im Gegensatz zu den ständigen Behauptungen des IPCC, sich nicht erhöht hatten, sondern es in der Welt seit 110 Jahren immer kälter geworden ist. Diesen Skandal konnte Pachauri - unter Hinweis auf die letzten hundert Jahre Klimamessungen - gerade noch relativieren. Vor 110 Jahren, als die Klimamessungen begannen, war es - geringfügig - kälter. In den Jahrhunderten davor war es oft sehr viel wärmer. Aber die Kritik am Weltklimarat wurde nicht leiser.

Daß 40 Prozent der Regenwälder am Amazonas durch die Erderwärmung irreparabel geschädigt würden, erwies sich schon vor einem Jahr als Lügenmärchen aus der Feder des indischen Münchhausen. Inzwischen flog, nachdem einmal der Anfang gemacht war, die nächste Klimalüge von Pachauri auf, die Mär von den Gletschern am Himalaja, die das angeblich steigende Klima sogar in 8.000 Metern Höhe zum Abschmelzen bringen würde. Diese absurde Behauptung erwies sich als wissenschaftlich in keiner Weise begründbar und wurde trotzdem weiterhin vertreten, bis sie nicht mehr zu halten war.

Pachauris Aufstieg zum Welt-Gutmenschen und Nachfolger des Lügenbarons Münchhausen ist erst einige Jahre her und war von der Öffentlichkeit zunächst nicht weiter beachtet worden. 2002 wurde er, angeblich auf Druck der USA, zum Vorsitzenden des Klimarats IPCC gewählt, der damals noch für kaum jemanden ein Begriff war. Das änderte sich jedoch schlagartig mit dem 4. IPCC-Bericht im Frühjahr 2007, der erstmals einen menschlichen Einfluß auf das Weltklima für wahrscheinlich (mehr war auch damals nicht vertretbar) erklärte. Wenige Monate darauf erfolgte die Verleihung des Friedensnobelpreises an den IPCC. Das Prestige und der Einfluß des gelernten Eisenbahningenieurs, Bankberaters und Leiters einer von der BP Indien finanzierten Öko-Firma Pachauri wuchsen ins schier Unermeßliche. Bis alles platzte.

Inzwischen flogen, nachdem einmal der Anfang gemacht war, weitere Klimalügen auf, vor allen Dingen die Behauptung von drohenden Dürre- und Erntekatastrophen in Afrika. Bis zum Jahre 2020, so prophezeite der von Pachauri mitverfaßte Report aller Arbeitsgruppen des IPCC, seien in Afrika voraussichtlich - mal eben über den Daumen gepeilt - zwischen 75 und 250 Millionen Menschen von Hungertod bedroht. Die angesehene "Sunday Times" brachte ans Tageslicht, daß es sich um eine Untersuchung des marokkanischen Unternehmens "EcoSecurities" handelte, das natürlich auch ein finanzielles Interesse an solchen Horrormeldungen hat. Letzte Woche kam nun heraus, daß auch die Voraussage des Weltklimaberichts, die Hälfte der Niederlande seien durch die Erderwärmung von Überflutung bedroht, reine Spekulation war. Das Haager Umweltministerium hat mittlerweile schriftlich gegen die falschen Angaben des Weltklimarats protestiert.

Immer, wenn solche Fälschungen und Fehlmeldungen auftauchen, sprechen ihre Produzenten von "grauer Literatur". Was ist das, graue Literatur? Wir kannten bisher den grauen Star, den schwarzen Markt und rote Zahlen - aber die graue Literatur in der Wissenschaft ist, um es kurz und ein bißchen einfach zu sagen, eine Untersuchung, für die es keine Beweise, sondern nur Phantasie-Modelle gibt. Alle Angst-Szenarien des IPCC werden als unumstößliche wissenschaftliche Forschungsergebnisse ausgegeben. Woran sollen wir uns noch halten, wenn niemand in der Welt den düsteren Untergangsprognosen mehr glaubt, für die die Befürworter des Klimaschutzes und vor allem ihre Nutznießer-Firmen die Hand aufhalten?

Nur ganz radikale Gutmenschen und Umweltfreaks bei den Grünen glauben noch an einen totalen Ausstieg aus nicht erneuerbaren Energien. Sie - und einige Tagträumer in der CDU - reden heute schon von einer Welt ohne Kohle, Öl und Atomstrom. Ich traute meinen Ohren nicht, als ich gestern den Bundesumweltminister Norbert Röttgen im Radio davon reden hörte, daß es in 40 Jahren (Röttgen ist 44) nur noch "saubere Energie" in Deutschland geben werde, und er daher auch den Ausstieg aus der Atomenergie noch beschleunigen wolle. Das sagt der Mann drei Monate vor der entscheidenden Wahl in NRW. Die CDU-Minister von Hessen, Bayern und Baden-Württemberg protestieren gegen Röttgen. Wir aber fragen uns: Ist der Mann noch in der richtigen Partei - oder bewirbt er sich jetzt schon um einen Posten beim Weltklimarat?

In Kürze erscheint Röhl's Buch "Verbotene Trauer", Universitas Verlag, wieder.<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 21. Mai 2010: >>>**Geheimbünde - Skulls & Bones**

An den englischen und amerikanischen Eliteuniversitäten gibt es zahlreiche studentische Geheimgesellschaften. Eine der bekanntesten wurde an der Yale University gegründet.

An den englischen und amerikanischen Eliteuniversitäten gibt es zahlreiche studentische Geheimgesellschaften, von denen die meisten im frühen 19. Jahrhundert gegründet wurden.

Geheimlogen und philosophische Kreise fanden besonders in den College-Gemeinschaften von Cambridge begeisterte Aufnahme (Cambridge Apostles).

Absolventen der Universität brachten die akademischen Traditionen Großbritanniens in die USA, wo sich an vielen Universitäten noch heute geheime Verbindungen finden: Skull and Bones in Yale (New Haven (Connecticut), der Porcellian Club in Harvard (Cambridge, Massachusetts), die Owl Society an der Universität von Pennsylvania oder Sphinx Head in Cornell.

Auch an deutschsprachigen Hochschulen gibt es Studentenverbindungen, deren Ursprünge bis ins Mittelalter zurückreichen. Heute sind es Verbände derzeitiger und ehemaliger Studenten einer Universität mit eigenem Brauchtum und gewachsenen Traditionen.

Geheimbünde an den Universitäten werden von manchen Leuten gerne als studentischer Ulk heruntergespielt, aber oft dienen sie ihren Mitgliedern als Karrieresprungbrett in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

Skull & Bones

Skull & Bones (Schädel und Knochen) ist eine studentische Geheimgesellschaft an der Yale University (USA), die 1832 von William Huntington Russel gegründet wurde. Russel soll die Idee für eine Studentenverbindung aus Deutschland mitgebracht haben, wo er ein Studienjahr verbracht hatte.

Manche Bräuche dieser studentischen Vereinigung erinnern tatsächlich an die der deutschen Burschenschaften. Der Geheimbund ist auch unter den Namen "Orden des Todes", "Der Eulogianische Club" und "Loge 322" bekannt. Jedes Jahr werden 15 Yale-Studenten aufgenommen, die nach der Initiation als "Bonesmen" (Knochenmänner) bezeichnet werden. Seit 1991 sind in dem Geheimbund auch Frauen als Mitglieder zugelassen ("Boneswomen").

Der Bund rekrutiert seine Mitglieder aus dem jeweils neuen Semester. Kein Student kann sich um die Mitgliedschaft bewerben, sondern wird von denen ausgewählt, die im Jahr zuvor ihre Initiation hatten. Anders als in deutschen Studentenverbindungen setzen sich die Aktiven aus nur einem einzigen Studienjahrgang zusammen. Eine Probezeit gibt es nicht.

Skull & Bones gehört keinem Dachverband an. Die Aufnahme der neuen Mitglieder geht in zwei Phasen vor sich: die Auslese und die Initiation, bei der verschiedene Zeremonien stattfinden; ein Aufnahmehitual ist beispielsweise, daß der Kandidat Blut aus einem Schädel trinken muß.

Verschwiegenheit und gegenseitige Hilfe

Ein wesentliches Gebot des Ordens ist die Verschwiegenheit, außerdem verpflichten sich die "Bonesmen", sich gegenseitig in ihrer Karriere zu helfen. Nach den Initiationsriten wird der Aufgenommene (Neophyt) von einem anderen "Bonesman" im Don-Quichotte- Kostüm zum "Ritter" geschlagen. Die Neophyten erhalten dann neue Ordensnamen.

Das Symbol der Organisation ist ein Totenschädel über den gekreuzten Knochen, auch die Zahl 322 gehört zum Logo. Es ist die Raumnummer des "Inneren Tempels" in der "Gruft", einem Haus im klassizistischen Stil auf dem Campus, wo die Treffen, Zeremonien und wahrscheinlich auch die Rituale von Skull & Bones stattfinden; über die Bedeutung dieser Zahl gibt es unterschiedliche Behauptungen.

Eine davon lautet, daß 322 das Todesjahr des griechischen Redners Demosthenes ist, was zwar stimmt, aber unbegründet ist und daher keinen wirklichen Sinn ergibt. Skull & Bones ist

ein immerwährender Bund, der nicht mit dem Tod des einzelnen Mitglieds ("Ritters") endet, sondern von den folgenden Generationen weiter getragen wird.

Ein wesentliches Merkmal der Geheimgesellschaft ist, daß alle anderen Menschen als "Heiden" oder "Vandalen" bezeichnet werden. Damit grenzt der Geheimbund sich und seine Mitglieder von der übrigen Welt ab, wozu auch die eigene Zeitrechnung dient.

Diese Zeitrechnung, S. B. T. (Skull & Bones Time), weicht von der üblichen Zeit an der Ostküste um fünf Minuten ab. Die Mehrzahl der Mitglieder stammt aus einfluß- und traditionsreichen Familienclans mit jeweils einer Reihe von Yale-Absolventen in der Ahnengalerie. Die Gesamtzahl der lebenden "Bonesmen" wird auf etwa 800 geschätzt. Darunter befinden sich einige führende Vertreter in Wirtschaft und Politik wie der Präsident der USA, George W. Bush (Ordensname "Temporary"), dessen Vater George Bush, ehemaliger US-Präsident, sowie G.W. Bushs Konkurrent um die Präsidentschaft 2004, John Kerry. Ein dritter "Bonesman", der es bis zum US-Präsidenten gebracht hatte, war William Howard Taft.<<

Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. März 2011: >>**Migration & Erpressung: Die neue Superwaffe**

Nicht die Distanzierung vom Terror war der entscheidende Grund zur Annäherung des Westens und Gaddafis. Ausschlaggebend war vielmehr das libysche Versprechen, an der Eindämmung des Stroms afrikanischer Einwanderer mitzuwirken. Das Ergebnis einer Erpressung?

Jetzt mögen sie ihn nicht mehr. Dabei haben gerade die Europäer Muammar al-Gaddafi jahrelang hofiert - weil er ein Garant für die sichere Ölversorgung war und weil er ihnen die Migranten vom Leib hielt. Als die Außenminister der EU Mitte Oktober 2004 übereinkamen, sämtliche noch bestehenden Sanktionen gegen den jahrzehntelang als Paria firmierenden Wüstenstaat außer Kraft zu setzen, honorierten sie damit auf den ersten Blick die Aufgabe des libyschen Programms zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen, die öffentliche Absage an den Terrorismus sowie nicht zuletzt die Übernahme der Verantwortung für den Bombenanschlag auf den Flug Pan Am 103, dem im Dezember 1988 beim schottischen Lockerbie 270 Menschen zum Opfer gefallen waren.

Tatsächlich spielten diese Maßnahmen jedoch für den Entschluß der Europäer nicht die entscheidende Rolle. Ausschlaggebend war vielmehr das libysche Versprechen, an der Eindämmung des rasant anschwellenden Stroms afrikanischer Einwanderer mitzuwirken. Nicht Geschosse oder Bomben, sondern Menschen waren die Waffen, mit denen Gaddafi die "größte politische und wirtschaftliche Gemeinschaft der Welt" zum Nachgeben gezwungen hatte.

So sieht es die amerikanische Politikwissenschaftlerin Kelly M. Greenhill, die mit ihrem Buch die "erste systematische" Untersuchung "dieser in höchstem Maße regelwidrigen Methode der Überredung" vorlegt. Nicht zufällig lehnt sich der Titel - "Weapons of Mass Migration", also "Massenmigrationswaffen" - phonetisch eng an den geläufigen Fachbegriff aus der Welt der Militärs an. Wenn die Autorin auch betont, daß es sich nicht um eine "Art von Superwaffe" handle, suggeriert der Titel gleichwohl, daß die Migrationswaffen gewissermaßen die "Weapons of Mass Destruction", die "Massenvernichtungswaffen", jener Akteure sind, die nicht über solche verfügen. Für die einen wie die anderen Waffen gilt, daß sie vor allem eine Funktion haben: Sie sind Druckmittel.

Trotz oder gerade wegen des martialisch klingenden Titels ist klar, daß es Greenhill um jene Migranten geht, die zu Objekten beziehungsweise Opfern eines zynischen politischen Pokers werden. Dabei konzentriert sie sich auf jene Fälle "migrationsgestützter Nötigung", die sie zwischen der Unterzeichnung der sogenannten Genfer Flüchtlingskommission im Sommer 1951 und dem Abschluß ihrer Forschungen im Jahr 2006 verifiziert hat.

Eingehend dargestellt und mitunter umständlich analysiert werden vier Beispiele aus den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, darunter die Entwicklung der Flüchtlingsfra-

ge im Kosovo-Konflikt. Ein informativer Appendix listet sämtliche von Frau Greenhill registrierten 56 Fälle auf.

Der letzte ist ein neuerlicher libyscher Erpressungsversuch der EU vom Sommer 2006 - der erste ist die Massenwanderung von der DDR in die Bundesrepublik im Umfeld des 17. Juni 1953. Konrad Adenauer nämlich habe diese "Abstimmung mit den Füßen" genutzt, um die amerikanischen Schutz- und Vormacht zu weitreichender finanzieller und politischer Unterstützung zu bewegen. Die unkontrollierte Einwanderung, so die Warnung des Kanzlers, könne zu einer potentiellen Destabilisierung der Bundesrepublik führen.

Ob Frau Greenhill das aus wenigen Literaturhinweisen gewonnene Bild richtig zeichnet, sei dahingestellt. Außer Frage steht, daß der Einwanderungsdruck in den betroffenen Staaten nicht selten genutzt wird, um nach innen wie außen Forderungen durchzusetzen, die mit dem eigentlichen Thema wenig oder nichts zu tun haben. Außer Frage steht auch, daß in aller Regel die den Exodus forciierenden Akteure das Geschehen bestimmen.

In fast drei Viertel der hier untersuchten Fälle waren sie damit jedenfalls teilweise erfolgreich, und zwar entweder auf dem direkten Weg, nämlich durch die Überforderung der Aufnahmekapazitäten in den Zielländern oder aber durch eine mehr oder weniger kaschierte Erpressung, die sich deren moralische oder auch gesetzliche Verpflichtung zur Aufnahme verfolgter Menschen zunutze macht.

Der erste Weg ist für die aufnahmefähigen Staaten der unmittelbar brisantere, der zweite ist für die Akteure der langfristig erfolgversprechendere, jedenfalls gegenüber "liberalen, demokratischen Zielen". Denn zum einen finden die westlichen Gesellschaften bislang kaum zu einer tragfähigen Antwort auf die Frage, ob und unter welchen Umständen man "Menschen gegen ihren Willen zur Rückkehr in ihre Heimat zwingen" darf; zum anderen - und nicht zuletzt deshalb - verfügen sie offenbar über keine geeigneten Mittel, um Regierungen wie die libysche von der Drohung mit der "Migrationswaffe" abzuhalten. So gesehen, berichtet Kelly M. Greenhill auch über die Dilemmata von Demokratien im Zeitalter der Globalisierung.

Kelly M. Greenhill: Weapons of Mass Migration. Forced Displacement, Coercion, and Foreign Policy. Cornell University Press, Ithaca/London 2010. 342 Seiten ...<<

Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtete am 21. Juni 2011: >>Wege aus dem Schuldendilemma

Joschka Fischers Griechenland-Szenario

"Mangelnde Entschlossenheit", "Zögerlichkeit", "nationale Egoismen": Joschka Fischer geht mit den Griechen-Rettern hart ins Gericht. Und er skizziert seinen Plan zur Rettung des Mittelmeerstaats und des Euros.

Die Griechenland-Krise hat ihn alarmiert. Joschka Fischer, den Vorzeige-Außenpolitiker aus rot-grünen Regierungszeiten. Wie sein damaliger Kabinettskollege, der einstige Finanzminister Peer Steinbrück (SPD), nimmt auch der Grünen-Politiker kein Blatt vor den Mund. In einem Gastbeitrag in der "Süddeutschen Zeitung" beweist er einmal mehr, daß er etwas hat, was den heute politisch Aktiven - insbesondere den deutschen Regierungspolitikern - völlig zu fehlen scheint - die Fähigkeit glasklare Gedanken zu fassen, die schließlich in noch klarere Pläne münden. Griechenland braucht genau das, einen Rettungsplan, der nicht nur das Land vor der Pleite bewahrt, sondern auch den Euro vor seinem Ende.

Joschka Fischer hat das längst verstanden. Aber, fragt der Ex-Außenminister zu Recht: "Warum regiert statt energischem Krisenmanagement und einer visionären Neuausrichtung der EU als Antwort auf deren Existenz bedrohende Krise fast ausschließlich das Prinzip des "Zuwenig und zu spät"?" Fischer sieht die Politik in einer verheerenden Lage und spricht von mangelnder Entschlossenheit, Zögerlichkeit und nationalen Egoismen. All das ist für ihn Beleg für ein dramatisches Führungsdefizit der EU und seiner wichtigsten Mitgliedstaaten in dieser Krise.

Dabei geht es nach Fischers Überzeugung schon gar nicht mehr nur um Griechenland: "Es droht ein von der ungeordneten Insolvenz Griechenlands ausgehender Schneeballeffekt, der weitere Länder der südlichen Peripherie der EU, darunter auch sehr große, und damit systemrelevante europäische Banken und Versicherungen mit in den Abgrund reißen wird", skizziert er ein mögliches Worst-Case-Szenario. Es droht damit aus seiner Sicht auch eine erneute Krise des Weltfinanzsystems mit einem erneuten weltwirtschaftlichen Schock wie im Herbst 2008.

"Und", so Fischer weiter, "es droht ein Scheitern der Eurozone, das den gemeinsamen Markt nicht unbeschädigt lassen wird und deshalb auch zum ersten Mal in seiner Geschichte ein Scheitern des europäischen Projektes als solchem." Fischer sieht die EU am Scheideweg, wenn er sagt: "Es geht um fast alles."

"Lachhafte" Debatte in Deutschland

Fischer sieht vor diesem Hintergrund die EU-Partner Griechenlands in der Pflicht, endlich zu begreifen, das Handeln und nicht weiteres Lavieren das Gebot der Stunde ist. Denn, redet er den Regierenden ins Gewissen, auch Staaten können Pleite gehen, aber anders als Unternehmen verschwänden sie dann aber nicht. "Und man sollte deshalb Staaten weder bestrafen noch ihre fort geltenden Interessen unterschätzen", betonte Fischer und skizziert anschließend, wie er sich eine Rettung Griechenlands vorstellt.

"Statt Bestrafung empfiehlt es sich, zahlungsunfähigen Staaten Hilfe zur Neustrukturierung zu gewähren, und zwar nicht nur im finanziellen Sektor, sondern darüber hinaus, damit sie sich aus ihrer Krise herausarbeiten können", schreibt der einstige Grünen-Frontmann. Dieses Faktum gelte heute ganz besonders für Griechenland, dessen Strukturprobleme noch weitaus umfassender sind als seine Zahlungsschwierigkeiten. Doch warum die EU bisher darauf verzichtet habe, diese umfassenden Strukturprobleme gemeinsam mit der griechischen Regierung anzupacken, eine entsprechende Wiederaufbaustrategie für die Realwirtschaft und die staatlichen Strukturen und deren Finanzierung zu entwickeln und so der griechischen Bevölkerung ein Licht am Ende des Tunnels zu zeigen, ist selbst für Fischer "schwer erklärlich".

Dabei wisse jeder, daß Griechenland sich ohne eine massive Entschuldung nicht aus seiner Krise werde herausarbeiten können. "Die Frage ist nur noch, ob dies geordnet und kontrolliert geschieht oder ungeordnet und mit chaotischen Konsequenzen weit über Griechenland hinaus", schreibt Fischer. Die Debatte in Deutschland, ob man die griechischen Schulden bezahlen müsse, hält der ehemalige Außenminister angesichts der Faktenlage für schlicht "lachhaft".

Denn entweder komme es zu einem geordneten Zahlungsausfall oder zu einem ungeordneten. Im ersten Fall werde Deutschland, gemeinsam mit anderen, bezahlen müssen. "Im zweiten Fall gilt dies aber erst recht, weil dann sofort offensichtlich würde, daß es weniger um Griechenland als vielmehr um die Zahlungsunfähigkeit europäischer Banken und Versicherungen ginge, deren Pleite ein systemisches Risiko nach sich zöge", so Fischer.

Euro-Ende wäre "Tragödie für neue Weltordnung"

Ultimatum für Griechenland

Und wieder stellt er dann die Frage, worauf die Regierungschefs der Eurozone eigentlich warten: "Will man den Bevölkerungen keinen reinen Wein einschenken, weil man um die eigene Mehrheitsfähigkeit und somit die Wiederwahl fürchtet?" Fischer gibt die Antwort - und sie ist so einfach wie nachvollziehbar: "Die Finanzkrise ist eine politische Krise, weil die europäischen Staats- und Regierungschefs nicht in der Lage sind, sich für die notwendigen Maßnahmen zu entscheiden. Statt dessen verliert man Zeit mit Nebensächlichkeiten, die vor allem innenpolitische Gründe haben."

Fischer führt als Beispiel die Debatte um eine Beteiligung privater Gläubiger an den Kosten der Griechenland-Rettung an, die - auch aus Gründen des Koalitionsfriedens - vor allem von

deutscher Seite geführt wird. Doch Fischer warnt davor, sich bei diesem Thema gänzlich zu verheben. "So richtig es grundsätzlich ist, eine Beteiligung der Banken an der Finanzierung der Krise zu fordern, so wenig Sinn hat es, darauf zu bestehen, solange eine solche Beteiligung getreu der Devise "too big to fail" zu einer erneuten Krise des Finanzsystems führen kann", macht er unmißverständlich klar.

Die Politik hat es schlicht versäumt, rechtzeitig zu reagieren und Anfang 2009 eine Neuaufstellung des gesamten Systems zu forcieren. Damals habe eine große Chance bestanden, aber diese habe man kaum genutzt verstreichen lassen - mit bitteren Folgen. Denn, ist sich Fischer sicher, die europäische Finanzkrise werde sich weiter "voran fressen" und die EU destabilisieren, wenn die Existenz bedrohende politische Krise der EU nicht beantwortet wird. "Im Zentrum der politischen Krise steht die Gewißheit, daß der Euro und damit die EU als Ganzes ohne politische Union nicht überleben werden", so Fischer.

Die politisch Verantwortlichen müßten sich daher entscheiden, ob sie den Euro erhalten und sich also schleunigst auf den Weg in die politische Union machen wollten, oder der Euro quasi aufgegeben und die europäische Integration nolens volens rückabgewickelt werde. "Europa würde dann nahezu alles verlieren, was es an Integrationsfortschritten über ein halbes Jahrhundert hinweg erreicht hat, und sich in ein Europa der Renationalisierung zurückentwickeln", warnt Fischer und fügt hinzu: "Dies wäre angesichts der entstehenden neuen Weltordnung eine Tragödie."

Kriegt die Politik noch die Kurve? Fischer ist skeptisch und verweist in diesem Zusammenhang auf den zaghaften und letztlich gescheiterten Versuch des scheidenden Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB), Jean-Claude Trichet, eine Antwort auf diese Existenzkrise der EU und des Euro zu geben. Trichet hatte unlängst die Schaffung eines europäischen Finanzministers vorgeschlagen. Für Fischer ein Fingerzeig in die richtige Richtung. Doch die ablehnende Reaktion der Staats- und Regierungschefs sei "umwerfend deprimierend" gewesen. Dies zeige, so Fischer, "daß im Europäischen Rat offensichtlich kaum jemand bereit ist, sich der Tiefe der Krise der EU wirklich zu stellen".

Drei Szenarien für eine Griechenland-Lösung

Wahrscheinlich: Aller Voraussicht nach wird Athen weitere Milliardenkredite erhalten verbunden mit neuen Sparauflagen. Warum? Bedingt durch ihre Konstruktion muß die EU eine einstimmige Lösung für das Griechenland-Problem finden. Und der Kompromiß heißt: neue Kredite mit neuen Auflagen und einer Beteiligung privater Investoren auf freiwilliger Basis. Das allerdings bedeutet: Der Steuerzahler wird letztlich die Hauptlast der Rettung tragen. Denn die Ökonomen sind sich einig: Eine freiwillige Umschuldung in Form einer Laufzeitverlängerung bringt Griechenland kaum Entlastung. Erstens, weil Investoren nicht freiwillig Verluste in Kauf nehmen. Zweitens verringert sich selbst bei einer Akzeptanz eines Umschuldungsangebots am Markt nicht einmal die Schuldenlast Griechenlands. Ein "bißchen Umschuldung" funktioniert eben nicht.

Unwahrscheinlich: Eine Alternative zu neuen Krediten wäre der Schuldenschnitt. Das Land würde seine Zahlungsunfähigkeit erklären und alle Zahlungen für ausstehende Anleihen verweigern. Gleichzeitig würde die Regierung den Investoren anbieten, die Anleihen gegen identische Papiere mit halbem Nennwert einzutauschen, die dann wieder bedient werden würden. Das Motto dieser Lösung: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Auf einen Schlag würde der Staat die Hälfte seiner finanziellen Belastung los. Allerdings handelt es sich um einen "Default", um offen erklärte Zahlungsunfähigkeit mit all ihren negativen Folgen für die Banken, die übrigen hochverschuldeten Euro-Staaten wie auch für die Griechen selbst.

Außerdem wäre damit ein Präzedenzfall geschaffen, daß Staatsanleihen aus dem Euro-Raum nicht mehr als zweifelsfrei sichere Anlagen angesehen werden könnten. Das bedeutet, daß alle

Länder mit zweifelhafter Bonität des Staates, derzeit vor allem Irland, Portugal und Spanien, Probleme hätten, sich über den Kapitalmarkt zu refinanzieren, weil die Investoren nicht nochmals Verluste einfahren wollen.

Sehr unwahrscheinlich: Was passiert, wenn gar keine Einigung zustande kommt? Wenn zum Beispiel in Griechenland die notwendigen Sparpakete nicht verabschiedet werden und die europäischen Regierungen anschließend weitere Hilfen verweigern? Dann geht der griechischen Regierung das Geld aus. Sie wird ihre Beschäftigten und ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen. Und die Zinsen für Kredite und Anleihen wahrscheinlich auch nicht mehr, jedenfalls nicht vollständig. Man hätte eine unregelmäßige Staatspleite - ohne Hilfe von außen und ohne Vorbereitung im Inneren. Die Folge wäre nicht nur ein Chaos an den Märkten, sondern auch innerhalb des Landes. Schließlich sind viele Griechen auf staatliche Zahlungen angewiesen.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 9. September 2011 (x892/...): >>**Warum Katholiken gegen die EU sind**

Seit den Anfängen der Idee eines vereinten Europas hat die katholische Kirche diese Bestrebungen unterstützt. Katholiken waren nie gegen ein vereintes Europa. In zahlreichen Ansprachen von Papst Pius XII. aus den vierziger und fünfziger Jahren wird deutlich, daß er die Bestrebungen zur Gründung und zum Aufbau der damaligen EWG lebhaft unterstützte. Selbst Vereinigte Staaten von Europa verstoßen keineswegs gegen die katholische Soziallehre, wenn ... Auf dieses "wenn" kommt es aber an, und die heutige EU verstößt mit fast jeder Maßnahme gegen das, was nach der katholischen Soziallehre fundamental im Aufbau eines Staatenbundes oder einer überstaatlichen Gemeinschaft ist.

Vereinigte Staaten von Europa verstoßen keineswegs gegen die katholische Soziallehre, wenn das grundlegende Prinzip der Subsidiarität auf allen Ebenen strikt und uneingeschränkt beachtet wird.

Dieses Prinzip besagt, daß eine höhere Ebene einer niedrigeren Ebene keine Aufgabe abnehmen darf, die diese aus eigener Kraft selbständig erledigen kann. Die grundlegendste Ebene jeder Gesellschaft ist die Familie. Jede Einmischung in die Aufgaben und Pflichten der Familie von seiten einer höheren Gemeinschaft, ist nach dem Subsidiaritätsprinzip strikt verboten. Zu den Aufgaben der Familie gehört insbesondere das Recht aber auch die Pflicht, zur Erziehung der Kinder, einschließlich der Schulbildung.

Darüber stehen die Gemeinden, die Landkreise, Regionen und die Länder, deren Aufgaben genau bestimmt werden müssen hinsichtlich dessen, was sie aus eigener Kraft selbst leisten können. Hierher gehören auch die Berufsgemeinschaften aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die ihre Angelegenheiten weitgehend selbständig verrichten sollen, wozu der Staat nur allgemeine Richtlinien vorgeben kann.

Darüber steht der Bundesstaat dessen Aufgaben darin bestehen (sofern keine übergeordnete Gemeinschaft besteht, wie dies bei den früheren Nationalstaaten der Fall war), sich besonders um Außen- und Verteidigungspolitik, Wirtschaft- und Finanzpolitik (in Zusammenarbeit mit den Berufsgemeinschaften) zu kümmern. Einige dieser Aufgaben können in einem Staatenbund an eine höhere Ebene, wie die Europäische Gemeinschaft abgegeben werden. Auf keinen Fall aber hat der Bundesstaat und schon gar nicht die Europäische Union Kompetenzen und Rechte im Bereich von Bildung und Erziehung.

Inzwischen sind in Deutschland fast 80 Prozent der Gesetze des Bundestags bloße Umsetzungen von Richtlinien der EU die direkt oder indirekt massiv in die Kompetenzen untergeordneter Ebenen eingreifen. Dies führt zu einer mehr und mehr anwachsenden Allmacht der europäischen Institutionen der Ziel offensichtlich ein europäischer Zentralstaat ist, der sich anmaßt, alles und jedes zu regeln und allen untergeordneten Ebenen zu Befehlsempfängern der EU-Kommissionen zu machen. Schon der Aufbau und die Tätigkeit der EU-Kommis-

sionen erinnert stark an die "Union der sozialistischen Sowjetrepubliken" mit ihrer Devise von der "begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten".

Gleichzeitig wird diese Politik dazu mißbraucht, eine radikal säkularistische und glaubensfeindliche Richtung in allen EU-Staaten durchzusetzen und das Naturrecht als Grundlage jeder Gesetzgebung außer Kraft zu setzen um es durch rein positivistisch verstandene "Menschenrechte" zu ersetzen, die mehr und mehr subjektivistisch verstanden werden.

All dies ist der Grund, warum Katholiken die derzeitigen Bestrebungen zum weiteren Ausbau der Europäischen Union nur entschlossen zurückweisen können. Diese Bestrebungen richten sich gegen das Grundprinzip der Soziallehre - das Subsidiaritätsprinzips - und stellen darüber hinaus einen direkten Angriff auf die Natur des Menschen dar, der zu einem "neuen Menschen", ohne Geschlecht (Gender Mainstreaming), ohne Herkunft und Vaterland, ohne Geschichte und Kultur (Multi-Kulti) und letztlich ohne Familie umgestaltet werden soll um so ein "Paradies auf Erden" zu errichten, wie es bereits die nationalen und internationalen Sozialisten im 20. Jahrhundert versucht haben. Die Folgen sind bekannt.<<

[Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 43 berichtete am 24. Oktober 2011:](#)

>>Das Geld regiert die Welt - oder es dient ihr

Autoren Philippe Mastronardi und Peter Ulrich

Die Staaten haben die Finanzmärkte in die Freiheit entlassen, ohne ihnen Verantwortung zu überbinden. Nun herrscht das Geldsystem über das politische System. Unter dem heutigen Finanzmarktregime wird sich das nicht ändern. Erst wenn sich Geld nur noch im Rhythmus der wirtschaftlichen Realentwicklung vermehren läßt, können spekulative Finanzblasen verhindert werden und stabile Verhältnisse einkehren.

Es mußte soweit kommen, daß Rating-Agenturen ihr Urteil über die Weltmacht USA sowie über verschiedene hoch verschuldete Euro-Länder fällten, bis uns die Einsicht dämmerte, wie verkehrt unsere gegenwärtige Wirtschaftswelt ist. Da entscheiden tatsächlich private Firmen über die Vertrauenswürdigkeit ganzer Staaten und begründen ihr Urteil im Fall der USA etwa damit, es genüge nicht, die Sozialprogramme nur an den Rändern zu beschneiden; sie müßten grundsätzlich reformiert werden.

Je nach Belieben könnte die Begründung auch ganz anders lauten, da die urteilende "Instanz" frei von jeder öffentlichen Rechenschaftspflicht walten kann. Die betroffenen Regierungen wehren sich zwar jedes Mal verbal gegen die Verurteilung, finden aber auf den Finanzmärkten kein Gehör. Die Herrschaft des Ratings kennt keine demokratischen oder rechtsstaatlichen Prozeduren der Gewaltenteilung - sie steht also offenbar über ihnen und ist nicht verhandelbar. Die Wahrheit wird von privat ernannten Experten verfügt. Diese folgen der Logik des Finanzmarktes, nicht der öffentlichen Vernunft.

Daß die Finanzmärkte zunehmend die Realwirtschaft steuern, ist spätestens mit der Finanzmarktkrise von 2008 unübersehbar geworden. Heute wird darüber hinaus klar, wie weitgehend sie auch die Politik der Staaten beherrschen. Eine neue Weltordnung hat sich durchgesetzt: Die höchste Macht kommt den Prozessen an den Finanzmärkten zu, gefolgt von den Entwicklungen in der Realwirtschaft und schließlich den politischen Prozessen in und zwischen den Staaten.

Die Staaten konkurrieren im internationalen Standortwettbewerb um die günstigsten - sprich: privatwirtschaftlich gewinnbringendsten - Investitionsbedingungen. So ist aus der notwendigen staatlichen Ordnung des Wettbewerbs ein fast regelloser Wettbewerb zwischen den staatlichen Rahmenordnungen geworden. Nun bestimmen die Kapitalverwertungsinteressen von Anlegern, Unternehmern und Managern weitgehend darüber, was ordnungspolitisch "möglich" und "notwendig" ist.

Und da die "Finanzindustrie", die genaugenommen gar nichts produziert, diesen Kapitalverwertungsinteressen naturgemäß am nächsten steht, dominiert sie gegenüber der Realwirt-

schaft. Diese ist zur Finanzierung ihrer Geschäftsprozesse von einer funktionierenden Geld- und Kreditversorgung und kostengünstigen Finanzdienstleistungen abhängig. Aber diese ursprünglichen Aufgaben im Dienste der Volkswirtschaft stehen längst nicht mehr im Zentrum der Finanzwirtschaft, vielmehr versteht sie sich in erster Linie als privatwirtschaftliche Branche, die mit ihren "Finanzprodukten" möglichst ohne den Umweg über die Realwirtschaft "Geld macht".

Aus genau diesem privatistischen Verständnis heraus ist die Finanzwirtschaft von den meisten Staaten in den vergangenen 30 Jahren weitgehend dereguliert worden, so daß sie kaum noch Beschränkungen unterliegt. Die Macht des Geldes untersteht keiner normativen Verfassung mehr. Als Rechtfertigung für die Entfesselung der Finanzmärkte diente regelmäßig das Argument, daß damit der gesamten Volkswirtschaft neue Dynamik verliehen würde.

Bewirkt wurde - von gewaltigen Einkommens- und Vermögensumverteilungen von den Besitzlosen zu den Besitzenden ganz abgesehen - vor allem eine grundsätzliche Instabilität, die in Krisensituationen politisch kaum mehr beherrschbar ist. Denn die Finanzmarktakteure können jederzeit gegen mißliebige Regulierungsansätze mit der Abwanderung an weniger regulierte Standorte oder mit der Verweigerung benötigter Finanzierungen drohen und damit die nationalen Regierungen erpressen.

Aus durchaus verständlicher Angst vor der Reaktion der Rating-Agenturen und der Finanzmärkte wagt die verantwortliche Politik beispielsweise noch immer nicht den Schritt zu einem geordneten Schuldenschnitt im Falle Griechenlands. So zieht die Finanzwirtschaft alle andern Mächte zur Verantwortung, ist aber ihrerseits nahezu keiner (Gegen-)Macht mehr verantwortlich. Der Satz, wonach das Geld die Welt regiere, gilt radikaler als je zuvor: Neben den einzelnen Kapitaleignern meint er nun auch das globalisierte Finanzsystem als Ganzes. Die persönliche Macht der Geldbesitzer wird durch die systemische Macht einer maßlos kapitalistischen Ordnung überlagert.

Dementsprechend hilflos wirken unter diesen Bedingungen die Bemühungen der Regierungen zur Krisenbewältigung. Die Forderungen der Finanzwelt sollen im je nationalen Kampf um Sparmaßnahmen vorwiegend auf dem Rücken von Arbeitenden und Steuerzahlern befriedigt werden, ohne daß sie auf ihre Legitimität hinterfragt werden. Das läuft allzuoft auf Raubbau am gesellschaftlichen Kitt der Solidarität hinaus und zerstört damit den demokratisch grundlegenden Zusammenhalt der Bürgerschaft.

Vom sonst weitgehend akzeptierten Verursacherprinzip ist auf Grund der skizzierten verkehrten Machtverhältnisse kaum die Rede, wenn es die Finanzbranche betrifft. Ganz im Gegenteil hat das alte Diktum von der Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Verluste eine vor der Finanzkrise so kaum gemeinte Bedeutung erhalten.

Nichts anderes sind die meisten Maßnahmen zur Stützung der systemrelevanten Banken - man denke an die Übernahme ihrer "Schrottpapiere" durch die Zentralbanken, die sogenannten "Rettungsschirme" und "Quantitative easing-Programme" (Vergrößerung der Geldmenge mittels Ankauf von Staatsanleihen, Devisen usw.). Wenn auch nicht allein deshalb, so doch zu einem wesentlichen Teil ist deswegen die öffentliche Schuldenlast vieler Staaten sprunghaft angestiegen. So ist aus der Finanzmarktkrise eine nur mehr schwer einzudämmende internationale Schuldenkrise geworden.

An der Wurzel angepackt hat die internationale Politik das Übel bisher nicht. Man begnügt sich mit immer weiteren, zum Teil konzeptlos anmutenden Symptomtherapien. Systeminterne Retuschen verschaffen aber höchstens einen Zeitgewinn und verschieben den gefürchteten Zusammenbruch des Systems auf einen späteren Zeitpunkt, in dem er vermutlich noch heftigere Wirkungen zeitigen wird. Gewiß sind viele Staaten teilweise selbst dafür verantwortlich, daß sie sich in so hohem Masse verschuldet haben:

Sie haben opportunistisch versucht, im Standortwettbewerb von der Dynamik der Finanzwelt

zu profitieren. Damit haben sie sich von dieser abhängig gemacht, statt ordnungspolitisch vorbeugend für kontrollierbare Verhältnisse mit begrenzten Risiken zu sorgen. Aus diesem Teufelskreis gilt es auszubrechen.

Diese knappe Analyse zeigt bereits, daß eine tiefer greifende Systemreform nötig ist. Es braucht eine globale Finanzmarktverfassung, welche die aufgeblähten Finanzmärkte wirksam an die Entwicklung der Realwirtschaft zurückbindet und die Staaten nicht weiter Spielball der finanziellen Spekulation sein läßt.

Wie kann das Geld vom Herrn zum Diener der Welt gemacht werden? Die Staaten müssen die Geld- und Kreditversorgung als volkswirtschaftliche Infrastruktur begreifen und ernst nehmen. Nötig ist eine grundsätzliche Reform der Finanzmarktverfassung, die auf folgenden konzeptionellen Grundlagen beruht:

1. Die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit ist eine öffentliche Aufgabe: Der Finanzmarkt ist kein gewöhnlicher Markt, in dem die Privatautonomie jedes einzelnen Teilnehmers das höchste Gut ist, sondern ein öffentlicher Raum, in welchem eine grundlegende volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen ist. Die Finanzbranche hat einen Service public zu erbringen.

Die moderne Wirtschaft kann nur auf der Grundlage einer Staatsverantwortung für die Versorgung mit Geld und Kredit funktionieren. Was ökonomisch als Markt betrachtet wird, gehört aus ordnungspolitischer Sicht zu den grundlegenden Rahmenbedingungen einer leistungsfähigen Volkswirtschaft und muß deshalb rechtlich und politisch als Staatsaufgabe gestaltet werden. Wieviel von dieser Staatsaufgabe mit marktnahen Mitteln und durch private Akteure wahrgenommen werden kann, soll demokratisch entschieden werden.

2. Das herkömmliche Aufsichtsmodell - das Konzept staatlicher Kontrolle über den Markt - ist abzulösen: Nach dem Paradigma des "freien Marktes" wurde bis anhin der Finanzmarkt auf der Grundlage eines Aufsichtsmodells geregelt: Im Grundsatz galt für alle Akteure die Wirtschaftsfreiheit. Der Staat übte lediglich eine polizeiliche Aufsicht aus, um Mißbräuche oder schädliche Auswirkungen zu verhüten oder zu beheben. Dabei folgte er der Problementwicklung immer nur reaktiv und korrektiv, ohne die tiefer liegenden Ursachen und ihre Dynamik je in den Griff zu bekommen.

Finanzmarktkrisen waren nach diesem Modell hinzunehmen, weil sie den Preis der Wirtschaftsfreiheit bildeten. Sie konnten lediglich Anlaß dazu sein, die Aufsicht zu verschärfen und die Rahmenbedingungen zu stärken. Jetzt erleben wir, daß dieses Modell versagt.

3. Die zukünftige Finanzmarktverfassung hat sich am Gewährleistungsmodell zu orientieren: Wenn die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit eine Staatsaufgabe ist, ist sie von vornherein als öffentliche Infrastrukturleistung zu gestalten, ähnlich wie beispielsweise das Rechts-, das Bildungs-, das Verkehrs- und das Energieversorgungssystem. An die Stelle des Aufsichtsmodells tritt damit das Gewährleistungsmodell: Der Staat gewährleistet die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit unter Beiziehung Privater.

Was bedeutet dieses Gewährleistungsmodell? Es umfaßt drei Teilverantwortungen, die zwischen Staat und Privaten aufgeteilt werden können: Der Staat hat einen funktionierenden Finanzmarkt zu gewährleisten, welcher die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit sicherstellt (Gewährleistungsverantwortung). Er kann damit private Dienstleister beauftragen, welche die öffentliche Aufgabe nach den staatlichen Vorgaben und Zielen zu erfüllen haben (Erfüllungsverantwortung). Versagen die Privaten in ihrer Leistungspflicht oder überschreiten sie die Grenzen ihres Mandats, kann der Staat die Aufgabe wieder an sich ziehen oder Dritten übertragen (Auffangverantwortung).

Staatsaufgabe bedeutet also nicht Verstaatlichung! Gemäß dem modernen Konzept der Public governance können öffentliche Aufgaben in unterschiedlichster Weise durch ein Zusammenspiel des Staates mit Privaten erfüllt werden.

Umfassend ist nur die Staatsverantwortung für die Erbringung einer gemeinwohldienlichen Leistung. Inwieweit der Staat diese Leistung selbst erbringt, ist Sache der konkreten Ausgestaltung. Diese ist demokratisch zu bestimmen.

Im Bereich des Finanzmarktes wird eine Aufgabenteilung zwischen einer autonomen staatlichen Instanz (der Zentralbank, in der Schweiz "Nationalbank" genannt) und der privaten Finanzbranche zu suchen sein. Die Erfahrung zeigt freilich, daß der Zentralbank wesentlich mehr Kompetenzen zugesprochen werden müssen als bis anhin.

4. Im Finanzbereich ist der Vorrang der Demokratie vor der Wirtschaftsmacht durchzusetzen: Die Staaten müssen den Banken die private Geldschöpfung wieder entziehen. Denn heute entsteht neues Geld zum größten Teil durch Kreditschöpfung, indem sich jemand bei einer Bank verschuldet. Auf Grund der geringen Eigenmittelanforderungen können die Geschäftsbanken auf diesem Weg riesige Volumen an sogenanntem Buchgeld schaffen, das großenteils spekulativen Zwecken auf den Finanzmärkten dient.

Deshalb haben die Zentralbanken die Kontrolle über die Geldmenge verloren. In Zukunft soll auch Buchgeld - wie die Münzen und Banknoten - gesetzliches Zahlungsmittel sein, das nur von der Zentralbank geschöpft werden kann (sogenannte Vollgeldreform). So wird das gesetzliche Geldmonopol wiederhergestellt. Die Zentralbank (Nationalbank) gibt so viel Geld in Umlauf, wie es die Entwicklung der Volkswirtschaft erfordert.

Damit sorgt sie dafür, daß die Geldmenge das Volumen der Realwirtschaft abbildet. Den Banken verbleibt die Verteilung und Verwaltung des Geldes: der Zahlungsverkehr, die Kreditvergabe (soweit sie vom Vollgeld abgedeckt ist) sowie Finanzdienstleistungen für die Realwirtschaft und die Vermögensverwaltung für Private.

Die Zentralbanken bestimmen auch die Grenzen der zulässigen Wirtschaftstätigkeit der Finanzbranche. Sie unterstellen bestimmte Tätigkeiten einer Bewilligungspflicht und verhindern volkswirtschaftlich schädliche Finanzprodukte. Sie verbieten zum Beispiel Wetten auf die Zahlungsunfähigkeit von Staaten.

Zu diesem Zweck werden auf nationaler Ebene verfassungsrechtliche Regelungen nötig, die klarstellen, welche Entscheide demokratisch zu treffen sind, welche an die Zentralbank delegiert werden sollen und welche der Finanzbranche anvertraut werden dürfen.

Das Geld kann zum Diener der Welt gemacht werden, sobald wir erkennen, daß es uns zu versklaven droht. Geld macht frei, aber nur, wenn wir es unserer demokratischen Verantwortung unterstellen.

Die beiden Autoren sind emeritierte Lehrstuhlinhaber an der Universität St. Gallen: Philippe Mastrorandi für öffentliches Recht, Peter Ulrich für Wirtschaftsethik. ... <<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Oktober 2011 (x887/...): >> **Brüsseler Scheindemokratie**

"Mehr Europa"? - Bundesbürger sind im EU-Parlament stark unterrepräsentiert

Die endlosen Streitereien über die sogenannten Rettungsschirme haben schwere Konstruktionsfehler von Euro-Zone und EU aufgedeckt. Im Gestrüpp der Zuständigkeiten und Hoheitsrechte sind kaum noch tragfähige Einigungen zu erzielen. Als Lösung fordern immer mehr Verantwortliche, auch die deutsche Kanzlerin Angela Merkel: "Wir brauchen mehr Europa!" Sprich: eine noch weitergehende "Integration" auf Kosten der nationalen Selbständigkeit.

Unklar bleibt jedoch, was darunter genau zu verstehen ist. Würde beispielsweise eine "Fiskalunion" eingeführt, wo die Steuern aller EU-Bürger zusammenfließen, würde die Mehrheit der schwachen Länder letztlich über das Steuergeld der starken verfügen, weil die Zahlerländer deutlich in der Minderheit sind. Die Deutschen zählten mit Sicherheit zu den Hauptverlierern. Zudem sind die europäischen Instanzen wie EU-Kommission, EU-Ratspräsident oder die Leitungsgremien der Rettungsschirme alles andere als demokratisch gewählt. So entstünde also zudem ein verfassungsrechtliches Problem.

Dem wollen die Befürworter von "Mehr Europa" mit einer Stärkung des EU-Parlaments begegnen. Doch auch hier steht es schlecht um grundlegende demokratische Prinzipien. So kommen in Deutschland mit seinen 99 Sitzen bei gut 81 Millionen Einwohnern mehr als 800.000 Bewohner auf einen Platz im Parlament. Malta verfügt hingegen mit seinen nur 418.000 Einwohnern über sechs Sitze, das heißt: Die Stimme eines einzigen Maltesers hat ein stärkeres Gewicht im EU-Parlament als die von mehr als elf Deutschen. Und ab 2014 soll Deutschland auch noch drei Sitze einbüßen, während alle anderen Staaten ihre Parlamentsstärke behalten.

Würden die Deutschen mit Maltesern oder Luxemburgern (sechs Sitze bei 511.000 Einwohnern) gleichgestellt, müßte Deutschland mehr als 1.000 Abgeordnete ins EU-Parlament entsenden. Sollte hingegen die Repräsentanz Luxemburgs und Maltas auf deutsches Niveau reduziert wurden, müßten sich die beiden Zwergstaaten einen einzigen Parlamentarier teilen. Damit könnte eine gerechte Vertretung der Wähler im Parlament hergestellt werden. Die Widerstände gegen eine solche Reform würden indes vermutlich schnell enthüllen, wie ernst es den Politikern der EU wirklich ist mit dem Aufbau eines "demokratischen Europas der Bürger".<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. März 2012 (x887/...):

>>**Gezielt manipuliert**

Wem die Auslöschung der Nationen dient

Wer sich als Zeitgenosse versteht, der die Ereignisse in der Welt zunehmend mit ungläubigem Staunen verfolgt, dem sei das Buch "Neue Weltordnung" als praktischer Ratgeber empfohlen. Darin geht der Autor Manfred Kleine-Hartlage zielgerichtet und prägnant der Frage nach, ob es sich um einen Zukunftsplan oder eine weitere Verschwörungstheorie handelt. Und hebt hervor, welche Auswirkungen und Veränderungen dies auf Völker, Familie und Religionen zeitigt. Dabei wird deutlich, daß manches Ereignis einer diskreten "Regieanweisung" folgt.

Lesern, die dazu neigen, einer Verschwörung das Wort zu reden, ruft der Autor einen Satz von Angela Merkel in Erinnerung. Anlässlich der Festivitäten 2009 zum Fall der Mauer stimmte die deutsche Kanzlerin den aufmerksamen Zuhörer nachdenklich: "... sind Nationalstaaten bereit und fähig dazu, Kompetenzen an multilaterale Organisationen abzugeben, koste es, was es wolle." Wo so eindeutig Klartext geredet wird, erübrigt sich der Verdacht im Verborgenen agierender dunkler Mächte. Aus dem Buch wird denn auch ersichtlich, wo die Vordenker der "New World Order" angesiedelt sind. Der Leser erfährt unter anderem, welche Staaten die One-World-Apologeten ungeschoren davonkommen lassen beziehungsweise wer ihren Unwillen erregt und damit militärische Interventionen hervorruft.

Einen weiteren Erkenntnisgewinn beschert Kleine-Hartlage, indem er Roß und Reiter benennt, die die "Neue Weltordnung" quasi "alternativlos" unters Volk bringen. So erfährt man neben anderen Akteuren auch etwas über die Aktivität der damit befaßten Stiftungen, darunter auch die Atlantik-Brücke, die erfolgversprechende Nachwuchspolitikern aus den USA und Deutschland zusammenführt.

Wer nun meint, da eröffne sich eine neue Ära im internationalen Beziehungsgeflecht, wird rasch eines Besseren belehrt. Erste Schritte zu dieser staatliche Grenzen überschreitenden Politik wurden vor mehr als 100 Jahren eingeleitet. Der aus dem Völkerbund hervorgegangenen Uno sollten weitere supranationale Organisationen folgen: IWF und Weltbank für das globale Finanzsystem sowie die Welthandelsorganisation zwecks Abbau lästiger Zollschränken. Aber auch EU, Nato und der Internationale Strafgerichtshof gehören in diese Kategorie.

Gemeinsam ist allen, daß sie es verstanden haben, die ihnen angehörenden Mitgliedsländer auf einen Wertekanon einzuschwören, und es parallel dazu fertigbrachten, die politische Klasse der einzelnen Staaten zu bewegen, ihre Rechte zu übertragen. Werden dort doch gebetsmühlenartig Begriffe postuliert wie Menschenrechte und friedliches Zusammenleben, mit de-

nen sich ein jeder Weltbürger gern identifiziert. Aber führt all dies zu mehr individuellen Freiräumen?

Manfred Kleine-Hartlage: "Neue Weltordnung", edition Antaios, Kapplaken 2011 ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. März 2012 (x887/...):

>>**wikipedia: eine "Autobiographie"**

Hintergründe zur Online-Enzyklopädie - Alfred M. de Zayas abgelehnt

"Na toll, wikipedia über wikipedia, da wirst du bestimmt lauter Enthüllungen lesen", so der ironische Kommentar einer Kollegin über das Buch "Alles über wikipedia und die Menschen hinter der größten Enzyklopädie der Welt" von Wikimedia Deutschland e.V. Doch das ist zu kurz gedacht, denn natürlich verrät auch eine Autobiographie etwas über den Autor und seine Sicht der Dinge. Nun ist wikipedia zwar keine Person, sondern die größte Online-Enzyklopädie weltweit, doch das ändert nichts daran, daß man dank des Buches Blicke hinter die Kulissen von wikipedia erhält.

Bis vor einiger Zeit gehörte die Rezensentin auch noch zu jenen, die auf die Frage, wie sie wikipedia findet, wikipedia schlicht für gut befunden hätte. Doch seitdem sie an der Bearbeitung des Wikipedia-Eintrages der PAZ mitbekommen hat, wie dort viele der ehrenamtlichen Autoren "ticken", und nachdem US-Wissenschaftler in einer Studie belegt haben, daß wikipedia keineswegs politisch neutral ist, ist sie auf Distanz gegangen.

Man muß das vorliegende Buch insoweit loben, als daß die dort versammelten ehrenamtlichen Wikipedia-Mitarbeiter zum Teil selbst die fehlende Neutralität der Enzyklopädie kritisieren dürfen. Allerdings läuft die Kritik in eine aus PAZ-Sicht unbefriedigende Richtung.

So merkt Benutzer "Neon02" zwar an, daß die Autoren und Administratoren nicht die Gesellschaft abbilden, sondern es sich nur hauptsächlich um junge, gutgebildete Männer handele, die mit ihrer Sicht wikipedia prägen, doch dann betont er, daß es eine offene Flanke nach rechts außen gebe. Dies würde man daran erkennen, daß ein "Revisionist wie Alfred M. de Zayas als reputable Quelle" gelten darf.

Jemand, der den Völkerrechtler de Zayas so einordnet, braucht keine Aussage mehr zu treffen, wo er selbst politisch einzuordnen ist. Und da in dem Buch besonders renommierte und aktive Wikipedia-Mitarbeiter versammelt sind, sagt das auch viel über Wikipedias politische Ausrichtung.

Aber man sollte sich vor Verallgemeinerungen hüten, so mancher der im Buch versammelten Autoren hat vermutlich einfach die Schaffung einer freizugänglichen Enzyklopädie im Blick. Sie dürfen hier von ihren Erlebnissen berichten. Die Anekdoten verraten auch viel darüber, wie wikipedia entstanden ist und funktioniert, wie sich die Online-Enzyklopädie entwickelt und verbessert hat, aber auch, an welchen Stellen es immer noch hakt.

Wikimedia Deutschland e.V.: "Alles über wikipedia und die Menschen hinter der größten Enzyklopädie der Welt", ... Hamburg 2011 ...<<

Das österreichische Internetmagazin "KATH.NET" berichtete am 27. April 2012 (x894/...):

>>**Was steht eigentlich im Koran?**

Islamistische Salafisten verteilen derzeit 25 Millionen Ausgaben des Korans im deutschsprachigen Europa. Wer schon einmal hineingeschaut hat, weiß: Er ist nur schwer zu verstehen. idea bat deshalb einen evangelischen Islam-Experten, Pfarrer Eberhard Troeger (Wiehl bei Köln), die wichtigsten Aussagen des Korans zusammenzustellen. Die Zitate sind dem GTB-Sachbuch "Der Koran" (1992) in der Übersetzung von Adel Theodor Houry entnommen.

Korandrucke werden kunstvoll gestaltet und sehen schön aus. Die Rezitation des Korans (auf Deutsch: Lesung, Vortrag) auf Arabisch ist beeindruckend. Doch wer versteht seinen Inhalt? Für gläubige Muslime ist der Koran die Offenbarung Allahs (also Gottes nach islamischem Verständnis). Muslimische Gelehrte haben früh versucht, mit verschiedenen Methoden alle Probleme des Textes zu erklären. Dabei griffen sie zurück auf die recht fragwürdigen Hadithe

("Nachrichten" vor allem über den Propheten Mohammed). Durch diesen "Auslegungsschlüssel" ist das Verständnis des Korans weitgehend festgelegt worden.

Der unvoreingenommene Koranleser kann sich damit nicht zufriedengeben. Zum inhaltlichen Verständnis muß er sich mit der religiösen und politischen Geschichte des Nahen Ostens im 7. Jahrhundert nach Christus und mit der Geschichte des frühen Islams beschäftigen. Denn der Koran ist ein sehr irdisches Buch. Er spiegelt einen religiösen und politischen Prozeß wider, in dem sich die zentralarabischen Stämme vom Heidentum lossagten, manche Glaubensinhalte und Praktiken aus dem Judentum und dem Christentum entlehnten, diese aber umdeuteten, um einem typisch "arabischen Eingottglauben" zu folgen. Er wurde die Gemeinschaftsreligion eines neuen Großstaates.

Dieser Prozeß verlief konfliktreich und blutig, wurde aber vom Koran göttlich sanktioniert. Der Koran ist somit die Urkunde der religiösen und politischen Emanzipation der Araber von den umgebenden Völkern, Kulturen und Religionen.

Der Koran: Eine Anrede an eine anonyme Person

Der Koran besteht aus 114 Suren (Abschnitten), die unterschiedliche Namen tragen (Sure 2 heißt etwa "Die Kuh", 22 "Die Wallfahrt", 48 "Der Erfolg"). Formal ist der Korantext weitgehend eine Anrede Allahs an eine anonyme Person, in der die muslimische Tradition den Propheten Mohammed (ca. 570-632) sieht (Sure 96,1-3). Der Text enthält zahlreiche Anspielungen auf die Lebensgeschichte dieser Person (93, 6-8; 33,53) und seine - teilweise kämpferischen - Auseinandersetzungen mit verschiedenen Gegnern und Feinden.

Weder chronologisch noch thematisch geordnet

Es ist mühsam, den Koran zu lesen, da die Suren weder chronologisch noch thematisch, sondern nach Länge angeordnet sind. Zudem stammen die Texte aus unterschiedlichen Lebenssituationen seines Verkündigers: Die frühen Texte lassen sich seiner religiös und friedlich geprägten Wirkungszeit in Mekka zuordnen (nach der Tradition die Jahre 610 bis 622 n. Chr.). Die späteren Texte (nach Mohammeds Flucht - der Hidschra - 622 nach Medina) atmen hingegen den Geist des politischen und militärischen Kampfes. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß der Koran zahlreiche Widersprüche enthält.

Da die Texte in knapper und vager Reimprosa verfaßt sind, lassen sie viele Deutungsmöglichkeiten zu. Insofern ist es problematisch, aus dem Koran grundsätzliche Aussagen etwa zum Gottesglauben, zum Menschenbild, zur Lebensgestaltung oder zur Menschheitsgeschichte herauszuarbeiten, da hinter vielen Texten heftige Kontroversen sichtbar werden. Die heute vertretene muslimische Lehre, kultische Praxis und Rechtsauffassung decken sich außerdem nur zum Teil mit den Aussagen des Korans.

Die Endzeitkatastrophe: das ewige Feuer

Die frühen Korantexte kündigen das Gericht Allahs über die egoistisch und materialistisch lebenden Menschen an (Sure 82). Die Endzeitkatastrophe wird in drastischen Bildern geschildert (Sure 101: "ein glühendes Feuer"; 69,13-27). Konsequenterweise verkündigt der Koran eine allgemeine Auferweckung der Toten, damit Allah alle Menschen zur Rechenschaft ziehen kann (79,6-14). Er fällt die Entscheidung über Paradies und Hölle. Die gottlosen Menschen können in diesem Gericht nicht bestehen - ihr Ende ist im ewigen Höllenfeuer (102,6).

Islam bedeutet Unterwerfung und Gehorsam

Zahlreiche Texte preisen die Einheit, Allmacht und Barmherzigkeit Allahs, nennen seine verschiedenen Namen (Herr, König usw.) und loben ihn als Schöpfer und Erhalter des Seins (2,255). Dabei beinhaltet die Betonung der "Einheit" Allahs eine polemische Spitze gegen den heidnischen Glauben an viele Gottheiten und auch gegen das christliche Bekenntnis zu Jesus Christus als Sohn Gottes bzw. zur Dreifaltigkeit Gottes (Sure 112,3: "Er hat nicht gezeugt, und er ist nicht gezeugt worden"; 5,73). Gerühmt wird die Größe Allahs als unumschränkter Schöpfer (35,1), Erhalter (35,41) und Richter.

Er bestimmt alles (8,17), gegen ihn kann niemand etwas ausrichten. Er fordert vom Menschen bedingungslose Hingabe, Unterwerfung und Gehorsam - genau das ist auch die Bedeutung des Wortes "Islam". Gleichzeitig wird Allah als der "Allerbarmer" gepriesen. In seinem Namen werden alle Suren gelesen, jede Sure beginnt mit der Formel "Im Namen Gottes, des Erbarmers, des Barmherzigen." Er gewährt den Menschen ihren Lebensunterhalt, beschützt sie und zeigt ihnen im Koran den rechten Weg zum Paradies (1,6-7). Der Koran verkündigt Allah als den von allem Menschlichen getrennten, absolut freien und gleichzeitig großzügigen Herrn.

Was vom Menschen verlangt wird

Zahlreiche Texte zählen die Inhalte des muslimischen Glaubens auf: Muslim ist, wer an Allah glaubt, an die von Allah gesandten Propheten und Boten, an den Koran und die früheren Offenbarungen, an die Engel, an die Vorherbestimmung und das Endgericht (4,136; 2,3-4; 2,177; 2,285). Zahlreiche Texte führen die kultischen Pflichten auf (z.B. 2,177: Gebete verrichten, die Armen und Gefangenen unterstützen) sowie sonstige Gebote und Verbote (17,22-37: Verbot von Mord, Ehebruch, Diebstahl).

Frauen stehen grundsätzlich unter den Männern

In verschiedenen Zusammenhängen wird das Menschenbild des Korans deutlich. Der Mensch ist Diener Allahs, um die Erde zu verwalten (2,30 f.). Dabei stehen die Frauen grundsätzlich unter den Männern (4,34). Der Mensch ist von Natur schwach (4,28) und neigt zur Übertretung der Gebote Allahs - er ist aber fähig, das Gute und Richtige zu tun. Der Mensch sündigt nicht gegen Allah, sondern (schon im Paradies.) gegen sich selbst (7,23) und verliert dadurch sein Leben. Als schlimmste Sünde gilt, neben Allah andere Gottheiten zu verehren (4,48).

Der Mensch kann seine Sünden durch Beten, Fasten - d.h. durch "islamisches" Verhalten - ausgleichen (Sure 101,6-9: "Wer dann schwere Waagschalen hat, der wird ein zufriedenes Leben haben. Und wer leichte Waagschalen hat, der wird zur Mutter einen Abgrund haben.") und deshalb auf Allahs Gnade im Gericht hoffen (2,38). Eine Gewißheit darüber würde jedoch der Freiheit Allahs widersprechen (2,284). Der Glaubende bleibt also in Unsicherheit bis zu seinem Tod. Im Gericht ist Fürsprache ausgeschlossen (82,19). Der Koran verkündigt Allah als einen gerechten Richter über die Taten und Untaten des Menschen (31,16).

Nach dem Koran war auch Jesus ein Muslim

Der Koran projiziert seine Verkündigung in die Vergangenheit zurück: Alle gottesfürchtigen Menschen waren demzufolge Muslime, z.B. Abraham, der als Musterbeispiel eines vorbildlichen Muslims gilt, weil er seine Zeitgenossen zum Glauben an Allah aufrief (Sure 29,16-18). Alle früheren Propheten - Noah, Mose, David - waren Muslime und verkündigten nichts anderes, als was im Koran steht. Allah schickte immer wieder Propheten (33,7) und Gesandte (2,285), um die Menschen zum Islam zu rufen.

Nach dem Koran war auch Jesus ein Muslim und Gesandter Allahs (4,171); er war also nicht Sohn Gottes und starb auch nicht am Kreuz (4,157). Er hat sogar einen Nachfolger angekündigt (61,6), was auf Mohammed gedeutet wird. Dieser gilt als der letzte Gesandte Allahs (33,40). Alle Menschen müssen Mohammeds Botschaft glauben und ihm gehorchen (24,54).

Die Überlegenheit des Islams

Damit spricht der Koran die Überlegenheit des Islams über die früheren Glaubensweisen aus, denn die Muslime sind die beste Gemeinschaft (Sure 3,110). Da sich der Islam bereits in Medina (einer Stadt in Saudi-Arabien) zu einem Herrschaftssystem entwickelt hatte, wird hier im Kern die Herrschaft des Islams über die ganze Welt formuliert (vgl. 61,9).

Juden und Christen werden verflucht

Der Koran enthält zahlreiche Verfluchungen der Gegner des Islams. Juden und Christen (die "Schriftbesitzer") werden verdächtigt, ihre heiligen Bücher nicht richtig zu zitieren bzw. Texte zu "verheimlichen" - und werden dafür verflucht (Sure 2,159: "Diejenigen, die verschweigen,

was wir an deutlichen Zeichen und Rechtleitung hinabgesandt haben ... diese wird Gott verfluchen, und verfluchen werden sie auch die Fluchenden").

Noch schärfer sind Texte, die Juden und Christen vorwerfen, Menschen zu "Söhnen Gottes" erhoben zu haben (Sure 9,30): "Die Juden sagen 'Uzayr ist Gottes Sohn'. Und die Christen sagen: 'Christus ist Gottes Sohn ... Gott bekämpfe sie. Wie leicht lassen sie sich doch abwenden. (31) Sie nahmen sich ihre Gelehrten und ihre Mönche zu Herren neben Gott, sowie auch Christus, den Sohn Marias. Dabei wurde ihnen doch nur befohlen, einem einzigen Gott zu dienen. Es gibt keinen Gott außer ihm. Preis sei ihm. Erhaben ist er über das, was sie (ihm) beigeesellen."

Der Koran fordert Allah auf, gegen sie zu "kämpfen" und sie zu bestrafen. Es sind solche Texte, die heute die Sicht vieler islamistischer Fundamentalisten auf Nichtmuslime prägen.

Die Blutrache wird vorgeschrieben

Der Koran enthält "Rechtsvorschriften", die sich mit einer Rechtsordnung nach unserem Verständnis nicht vertragen. In den muslimischen Rechtsschulen werden solche Anweisungen unterschiedlich "streng" ausgelegt: Moderate Muslime wollen sie nicht mehr angewandt wissen, aber Fundamentalisten fordern ihre wörtliche Befolgung.

Viele Vorschriften basieren auf konkreten geschichtlichen Anlässen in der Entstehungszeit des Islams - sie lassen sich keinesfalls wörtlich in die heutige Zeit übernehmen. So soll etwa einem Dieb die Hand abgehackt werden (Sure 5,38): " ... und hackt dem Dieb und der Diebin die Hände ab zur Vergeltung ... dies als abschreckende Strafe von seiten Gottes". (Im nächsten Vers heißt es übrigens geradezu zynisch: "Wenn aber einer ... umkehrt und Besserung zeigt, wird Gott sich gewiß ihm zuwenden." Die abgehackte Hand dürfte davon allerdings nicht wieder anwachsen.) Die Blutrache wird vorgeschrieben bzw. erlaubt mit der Möglichkeit, Blutgeld zu zahlen (2,178: "der Freie für den Freien"; 17,33). Bis heute führt diese Regel in muslimischen Gesellschaften zu blutigen Fehden.

Frauen dürfen gezüchtigt werden

Der Koran erlaubt Männern, ihre Frauen körperlich zu züchtigen, wenn sie ihnen nicht gehorchen (4,34: "Entfernt euch von ihnen in den Schlafgemächern und schlägt sie"). Den Frauen wird befohlen, sich in der Öffentlichkeit zuchtvoll zu kleiden ("ihre Scham zu bewahren") und ihren Schmuck nicht zu zeigen (24,31). Aus Anweisungen wie Sure 33,59 ("etwas von ihrem Überwurf über sich herunterziehen") eine Ganzkörperverhüllung abzuleiten, ist allerdings weit hergeholt.

Wer vom Islam abfällt, dem droht die Hölle

Der Koran verurteilt scharf den Abfall vom Islam (16,106; 3,85-91; 2,217): Den Abtrünnigen werden der Fluch Allahs und die Höllenstrafe angedroht. Im Koran ist allerdings nicht eindeutig, ob das die muslimische Gemeinschaft zum Töten des Abtrünnigen berechtigt, wie das später die Rechtsschulen festgelegt haben. Der Koran verbietet außerdem Nichtmuslimen, Menschen vom Islam abzuhalten oder Muslime zum Abfall zu verführen (8,39; 2,191; 2,217). Auch hier ging es um konkrete Situationen zur Zeit Mohammeds. Heute fordern Fundamentalisten jedoch, jegliche Herabsetzung des Islams und jede Verkündigung unter Muslimen für einen anderen Glauben hart zu bestrafen.

Wer gegen den Islam kämpft, wird mit dem Tod bedroht

Eindeutig ist die Tötung von Menschen vorgeschrieben, die gegen den Islam kämpfen (Sure 5,33): "Die Vergeltung für die, die gegen Gott und seine Gesandten Krieg führen ... soll dies sein, daß sie getötet oder gekreuzigt werden, oder daß ihnen Hände und Füße wechselseitig abgehackt werden." Dabei kommt es darauf an, was hier unter "Kampf" zu verstehen ist: Sind verbale Angriffe auf Mohammed oder eine Verunglimpfung des Korans schon Grund genug, den Täter umzubringen? In manchen Ländern gelten entsprechende Blasphemiegesetze, und für Selbstjustiz radikaler Gruppen gibt es genügend Beispiele.

Aufruf zum "Krieg" gegen die "Ungläubigen"

Zahlreich sind im Koran die Aufrufe zum Krieg gegen Andersdenkende (9,73 f.: "setze dich gegen Ungläubige ein"), worunter sowohl die heidnischen Gegner Mohammeds, heuchlerische Opportunisten wie auch jüdische und christliche Gegner zu verstehen sind. Auch hier stellt sich die Frage nach der Verhältnismäßigkeit zwischen einem "Angriff" auf den Islam und den muslimischen Reaktionen:

Für radikale Muslime sind grundsätzlich alle Nichtmuslime sowie alle "liberalen" Muslime Ungläubige. Sie begründen dies mit einem Text, der ursprünglich zum Kampf gegen heidnische Gegner aufrief (Sure 9,29: "Kämpft gegen diejenigen, die nicht an Gott ... glauben und nicht verbieten, was Gott und sein Gesandter verboten haben, und nicht der Religion der Wahrheit angehören"), weil sie nicht der "wahren Religion" angehörten. Durch den Anschluß "... - von denen, denen das Buch zugekommen ist ..." (gemeint sind also Juden und Christen) werden auch sie zu Gegnern des Islams, die bekämpft werden müssen, bis sie den Muslimen "Tribut entrichten als Erniedrigte".

Es gibt kein einheitliches Verständnis des Korans

Während sich im Laufe der muslimischen Auslegungsgeschichte eine relativ einheitliche Deutung des Textes ergeben hat, gehen Muslime heute recht unterschiedlich mit dem Koran um: Manche wollen nur noch die religiös unbedenklichen und ethisch vertretbaren Texte gelten lassen. Die meisten glauben zwar, daß der gesamte Koraninhalt dem Willen Allahs entspricht, wollen aber für problematische Bestimmungen "pragmatische" Lösungen finden. Die fundamentalistisch denkenden Muslime fordern dagegen, den Korantext auch in der heutigen Zeit wortwörtlich anzuwenden. Und dafür liefern sie täglich Beweise.<<

[Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete 13. Oktober 2012 über den Genderismus \(x887/...\): >>Von der Gleichberechtigung zur globalen Gleichschaltung](#)

Nach dem Willen des Bundesrats soll künftig in den Führungsetagen von Unternehmen ein fester Anteil Frauen sitzen. Die Befürworter einer gesetzlich festgelegten Frauenquote sprechen von Gleichberechtigung, die den Frauen bei der Besetzung von Spitzenpositionen bislang verwehrt werde.

Gleichberechtigung wird heute allerdings allzu gern mit Gleichstellung bezeichnet, die einer Gleichschaltung im Sinne der Herrschenden Tür und Tor öffnet. Der ganze Unsinn dieses Gedankens kommt besonders in der Geschlechtergleichschaltung zum Ausdruck, die nicht etwa eine Geschlechtergleichberechtigung zur Folge hat, sondern die einer Geschlechterzerstörung gleichkommt.

Auch der in diesem Zusammenhang zu nennende Feminismus als Ideologie von der Führungsrolle der Frau erfüllt keine sinnvolle Funktion innerhalb unseres Staatswesens. Er ist fehl am Platze, denn er hat die Frau ihrer vordringlichen Rolle beraubt. Ebenso wie den Mann, der die Familie schützte, ernährte und ihr in bestimmten organisatorischen Aufgaben zur Seite stand. Das alles soll nun beseitigt werden. Der Daseinszweck des Mannes ist völlig in Frage gestellt. Indem man den Mann seiner typischen männlichen Aufgaben beraubt, entmannt man ihn sozial und im weiteren Zuge dann auch wirtschaftlich und politisch. ...

Wie wird nun das Ziel sozialer Entmannung und familiärer Zerstörung erreicht? Mit Niedrigentlohnung zum Beispiel. Lohndumping bei Männern führt zum Zwang der Mitarbeit der Ehefrau ...

Dasselbe Symptom finden wir beim Staat, denn das falsche Denken hat überall seine Entsprechung. Dort herrscht auf Grund weichlich-weiblicher Machtstrukturen - auch wenn diese von Noch-Männern ausgeübt wird, ebenfalls der Hang zum Verkonsumieren und Genießen des Lebens und des dabei irrational ablaufenden Schuldenmachens. Die Bank wird sozusagen zur Übermutter der Gesellschaft. Das führt zu dem bekannten Privatisierungswahn, der auf dem Vertrauen in Bankkredite lebt und der den einstmals männlich und nach männlichen Prinzipi-

en geführten Staat immer weiter schwächt - "Verschlankung" nennt man das.

Der von den führenden Machtgruppen geplante Weltstaat - dies wird immer als "Verschwörungstheorie" abgetan, obwohl es erwiesen ist - führt schließlich in die völlige Abhängigkeit der Geldverleiher, die sich ja schon vorher durch das irrationale, im Grunde verbrecherische Zinssystem zu ihrer jetzigen Macht entwickeln konnten. Man kann eben nicht mit Geld Geld verdienen.

Dies ist eine fundamentale Täuschung der sogenannten Kreditnehmer. Hinter jedem Geldbetrag muß zwingend die Arbeitskraft des Individuums stehen, sonst ist es kein Geld, sondern eine wertlose papierne Versprechung, für die erst noch gearbeitet werden muß.

Fazit: Wer das Männliche zerstört, zerstört letztlich auch das Volk, damit auch die Familie, ebenso die Frau, und führt durch das egoistische Konsumentenverhalten die gesamte Existenz auf diesem Planeten in Dauerkonflikte und damit in den Abgrund. Da nützen auch Gesetze nichts mehr. Das feministische Programm sowie auch die einseitige Intellektualisierung der Menschheit bei fortschreitendem Verlust der natürlichen Emotionen war ein Fehlprogramm. Was eigentlich hätte laufen müssen, wäre Demut vor den Naturgesetzen, bescheidene Lebensführung, echte Religiosität und Gemeinschaftsdenken. Dies alles war bei den sogenannten "Wilden" noch selbstverständlich. ...

Die gesamte Zivilisation hat im Grunde versagt. Der Geist der Aufklärung ist in einem Ungeist des Materialismus zu Ende gegangen. Kultur, das also, was man pflegt, hat seinen Sinn verloren, denn inzwischen werden mehr und mehr kulturzerstörerische Dinge gepflegt. ...

Zusätzlich wurde mit Angst vor der Hölle Geld verdient. Per Ablaß kaufte man sich davon frei, heute sind es die Spenden und die Wohltätigkeit derer, die ein schlechtes Gewissen haben. Und man bedient sich eines neuen Angstmechanismus, der Angst vor der "Klimakatastrophe". Ein neuer Ablaßhandel ist in Gang gekommen.

Sogenannte Demokratisierung, internetgesteuerte "Revolutionen" und die angeblich notwendige "Globalisierung" zur Erreichung optimaler Profitergebnisse des kapitalistischen Zinssystems sind die Instrumente der Machterhaltung geworden, für die jeder Preis gezahlt wird. Begleitendes Instrumentarium sind die Massenmedien, deren ausgesuchte und aussortierte Inhalte den Völkern das vorgeben, was zur Machterhaltung der bestehenden Systeme nützlich erscheint. Alles andere wird als Störwissen ausgeblendet.

Der zunehmende Verlust der Ethik, die Nichtbeachtung der Zehn Gebote, die sich in der Beliebtheit von Lebensstilen und Verhaltensweisen zeigen, werden nun mit dem neuen Begriff der "Menschenrechte" getarnt, deren Definition aus neuen linken philosophischen Ideenküchen und Denkfabriken - die Frankfurter Schule läßt grüßen - der um ihr Leben kämpfenden Machtelite stammt. Sozialismus im Mäntelchen des Weltkapitals.

Nicht mehr Weltrevolution per Kommunismus, sondern Weltumerziehung per Medieninformation heißt die Devise. Links gilt also weiterhin als schick und förderungswürdig und wird chimärenhaft mit einer immanenten Friedens- und Wohlstandsversprechung gleichgesetzt. Zurück zu einem neuen, umgefärbten Kommunismus? Wir drehen uns im Kreis, und das Volk macht auch noch mit.<<

Das Nachrichtenmagazin "Focus" (48/2012) berichtete am 26. November 2012 über "Wikipedia": >>Wie ich bei Wikipedia zum "neurechten Kettenhund" wurde

Anonyme Humanisten

Ein Wort in eigener Sache von FOCUS-Redakteur Michael Klonovsky

"Papa", fragte mein Neunjähriger, "wenn dich jemand öffentlich Hund nennt, warum haust du dem nicht eine auf die Zwölf?" Nein, ich erzählte nichts von Zivilgesellschaft und Duellverbot, sondern erklärte, daß ich diesen Menschen gar nicht kenne und daß er mir das nicht ins Gesicht gesagt habe, das würde der sich gar nicht trauen, sondern er habe es geschrieben, und das stünde nun in diesem Online-Lexikon, das er, Sohn, ja aus der Schule kenne. "Und warum

schreibt der so was?" Nun, das sei eben ein Maulheld, der über gewisse Dinge anderer Meinung sei als ich und das nicht eleganter formulieren könne. "Aber wieso steht so was in einem Lexikon?" – Kinder stellen oft die richtigen Fragen.

Der Reihe nach. Nachdem ich in einem Artikel die Umarbeitung des Wikipedia-Eintrages über die libertäre Zeitschrift "eigentümlich frei" und deren fragwürdige Einsortierung bei der "Neuen Rechten" thematisiert hatte (FOCUS 46/2012), nahm sich der anonyme Autorenschwarm prompt jener Wikipedia-Seite an, über welcher mein Name steht. Das Resultat ist nicht nur der erwartbare Versuch, mich ebenfalls erkenntnisdienlich der bösen Rechten zuzuordnen, sondern obendrein einer Spezies als boshaft geltender Vierbeiner.

Die "Rechtsextremismusforscher" Martin Dietzsch und Anton Maegerle "verorten den von ihnen mit Kettenhund betitelten Klonovsky ... in der Neuen Rechten", kann man in Wikipedia lesen (dabei ist mir alles Neue ein Graus!). Der aparte Tiervergleich taucht auf der Seite mal auf, dann verschwindet er wieder, weil diese Gesinnungs-Paparazzi natürlich wissen, über wessen Geisteszustand er tatsächlich Auskunft gibt und ihn lieber weghaben wollen; er ist aber im Anmerkungssteil jederzeit abrufbar.

Die Rubrizierung unter "Neue Rechte" wiederum ist deswegen obligatorisch, weil man dort zum Sympathisanten des "völkischen Nationalismus" wird – und einen Klick weiter der NPD. Der Eintrag wird abgerundet durch falsche Behauptungen über den Inhalt eines Gerichtsurteils, ein Zitat aus der Fachzeitschrift "Emma" sowie die Beurteilung meiner Person durch Sozio- und Politologen, so namenlos wie links, deren wesentliche wissenschaftliche Leistung darin besteht, mich zu zitieren und das Zitierte dann ganz schlimm zu finden.

Gleichwohl bleiben Fragen. Zum Beispiel, wer mich am anderen Kettenende hält. Helmut Markwort? Die Bankenmafia? Der NSU? Und wer sind diese beiden metaphernfreudigen "Forscher" mit offenbar enzyklopädischer Relevanz?

Der eine ist momentan Herausgeber der "Antifaschistischen Nachrichten", die von verschiedenen Verfassungsschutzbehörden dem linksextremistischen Spektrum zugeordnet werden (steht so in Wikipedia! Tut doch was!), der andere fühlt sich dermaßen verfolgt, daß er unter Pseudonym verleumden muß. Beide schreiben für das Duisburger Institut für Sozialforschung (DISS), ein bedeutender Linksextremistensüppchenkochclub mit mindestens drei festangestellten Köchen.

Die Wikipedia-Schreiber selbst werkeln unter Pseudonymen wie "Fiona", "SanFran Farmer" und "Bürgerlicher Humanist" (Letzterer brachte mich kurzzeitig auf die Idee, mich als "Proletarischer Humorist" einzuloggen). Die Vermutung liegt nahe, daß sie in ihrem analogen Leben nichts Gescheites zu tun haben. Im Grunde ist es fast schade, daß sich andere Autoren parallel um eine ausgewogene Darstellung bemühen und der Artikel so eine partiell seriöse Anmutung bekommt. Sonst würde sich schneller herumsprechen, daß in gewissen politischen Fragen die deutsche Wikipedia nichts anderes ist als ein linker Denunziantenstadl.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. Februar 2013: >>Wie die USA eine neue Weltordnung schaffen wollen

Von Michael Stürmer

Das Pentagon muß sparen. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz kam es deshalb zu einer deutlichen Mahnung an die Europäer: Amerika will und kann die Bürde der Weltordnung nicht mehr alleine tragen.

Die Natur und die Geopolitik dulden kein Vakuum. Barack Obama will als Friedensfürst in die Geschichte eingehen: "Ein Jahrzehnt der Kriege nähert sich dem Ende", verhiß er bei seiner Inauguration. Die große Frage lautet, ob ihm Wirtschaftskraft und Finanzlage der Vereinigten Staaten das ermöglichen, und ob der Rest der Welt der letzten Supermacht Ferien vom Ich gestattet. Die Antwort ist offen.

Das politische Hochamt der Vereidigung markiert den Übergang vom Stimmenfänger zum

Staatsmann und verlangt vom Präsidenten, Hohepriester und Staatspoet zu sein. Seine Rede verriet die Vision des mächtigsten Mannes der Welt, nach einem traumatischen Jahrzehnt in Asien sein Land aus Konflikten und Kriegen herauszuhalten, die Boys heimzuholen und den Globus auf Autopilot zu stellen - wenn dies denn möglich wäre: Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.

Der hohe Ton aber ist nicht nur Poesie, er kündigt eine Wendung nach innen an, die auf Kosten der weltpolitischen Führungsrolle geht. Nirgendwo wird das deutlicher als für die dem islamischen Krisenbogen hauteng benachbarten Europäer.

Von Mali bis Kabul

Die Europäer sind gewarnt, daß künftig nichts mehr so sein wird wie gewohnt. Nato hin oder her, Washington kann sie nicht mehr bewahren vor den Folgen von Führungsschwäche und Zerfahrenheit. Die neue Weltunordnung verstärkt jenes Malaise, das als "imperial overstretch" diagnostiziert wird. Amerikas "exceptionalism" kann nicht mehr alles leisten. "Central Command" muß sich um den Weiteren Mittleren Osten kümmern von Mali bis Kabul.

Gleichzeitig entsteht rund um das pazifische Becken ein neues Gleichgewicht, das ohne die Flotten-, Luft- und Cybermacht Amerikas dem Reich der Mitte nicht viel entgegenzusetzen hätte. Für Europa aber, was bleibt da übrig an Material und Menschen? Bei der Münchner Sicherheitskonferenz dieses Wochenende fiel Vizepräsident Joe Biden die Aufgabe zu, den Europäern Vertrauen zu vermitteln, sie auf die Reise zum Pazifik mitzunehmen und zu mahnen, daß Amerika die Bürde der Weltordnung nicht allein tragen kann und will.

Zwei Träume bestimmen von jeher Amerikas Verhältnis zur Welt, und ihre Wirkung ist heute so widersprüchlich wie vor zwei Jahrhunderten. Da ist die Neue Weltordnung - "novus ordo seclorum" heißt es auf dem Großen Siegel der Vereinigten Staaten von 1776, zu besichtigen auf jeder one-dollar-bill. Zuletzt hat noch einmal Bush senior nach dem 100 Stunden Krieg am Golf 1991 die Verheißung wiederholt.

Keine verstrickenden Allianzen

Amerika die leuchtende Stadt auf den Bergen, Leuchtturm den Völkern. Die Vereinigten Stabschefs versprachen damals ihren politischen Meistern, zweieinhalb Kriege führen und gewinnen zu können. Die "Revolution in Military Affairs", mit Lasern, Cyberkünsten und weltweiter Aufklärung, sollte allen Friedenstörern entgentreten. Die asymmetrischen Kriege seitdem, ob "9/11", Afghanistan oder Irak, haben davon nicht viel übrig gelassen, doch die Kosten ins Unermeßliche hochgetrieben.

Gegenläufig zu dem Sehnen, die Welt vor sich selbst zu bewahren, gibt es den anderen Traum, sich herauszuhalten aus den Machenschaften des Teufels. Staatsgründer George Washington warnte in seiner Abschiedsadresse, das junge Amerika solle "entangling alliances" meiden: keine verstrickenden Allianzen. Außenminister John Adams stellte fest: "Es ist nicht unsere Berufung, Monster zu zerstören".

Zuletzt hat Robert Gates, bis letzten Sommer Obamas republikanischer Verteidigungsminister, in Brüssel bei der Nato die Alliierten beschworen, für sich selbst zu leisten, was Amerika nicht mehr leisten kann: Geschehen ist, außer Streichungen und Reduzierungen, nicht viel. Die große Transformation steht aus. Daß aber die zitternde Trompete Frieden ankündigt, muß noch bewiesen werden.

"Leading from behind"

Der Libyen-Krieg sah Großbritannien und Frankreich nach 48 Stunden am Ende ihrer Kapazitäten, und Amerika lieferte nicht nur Luftbetankung, Aufklärung und intelligente Munition, sondern auch den Begriff des "leading from behind" - Reduzierung auf die Reserverolle. Was Mali und die terroristische Destabilisierung Afrikas zwischen Mittelmeer und Sahelzone betrifft, so sieht es wahrscheinlich nicht viel besser aus, auch wenn das Pentagon seit langem ein "Africa Command" unterhält.

Das klingt nach mehr, als tatsächlich zu haben ist. Aus guten Gründen hat Obama, ungeachtet aller Ratschläge in Richtung Eingreifen in Syrien, Amerika bisher aus dem dortigen Kriegsgeschehen herausgehalten und ist nicht über Lieferung von Aufklärungsergebnissen und Bereitstellung einer Batterie "Patriots"-Raketenabwehr hinausgegangen.

Aus Washington hört man, daß er auch die israelische Führung ins Gebet nahm, um Alleingänge gegen den Iran zu verhindern - und der dann folgenden Finanz- und Wirtschaftskrise vorzubeugen. Chuck Hagel, altgedienter Senator aus den dezimierten Reihen moderater Republikaner und seit kurzem designierter Verteidigungsminister, macht aus seiner Skepsis, was einen Militärschlag gegen die Atomanlagen des Iran angeht, kein Geheimnis. Er gehört zu jenen in Washington, die von jeher vor den unbeabsichtigten Folgen von Interventionen warnen. Seine Benennung ist Programm.

Die Grenzen amerikanischer Macht

Daß auf der Münchner Sicherheitskonferenz der Außenminister des Iran Verhandlungen offerierte, ist, nebenbei bemerkt, mehr Taktik als Ernst: Die Iraner verlangen, zuvor müßten die USA jede militärische Drohung vom Schachbrett nehmen. Damit wären sie wieder Meister des Spiels. Keine US-Administration kann sich darauf einlassen.

"Nation building" hat Obama zum inneren Programm gemacht, von Gesundheitsvorsorge bis Infrastruktur. Das Pentagon muß schmerzhaft sparen, man konnte das bis München hören. Manches betrifft nur obsoletere Programme. Anderes aber reduziert die Fähigkeit der USA, Machtprojektion rund um den Globus zu leisten.

Nach dem hohen Ton der Eidesleistung verlangt der Alltag sein Recht. Kein Konflikt ist zur Zeit so explosiv wie die militärischen Gestikulationen Japans und Chinas um vier unbewohnte Inseln. Krieg zu verhindern, der unweigerlich Amerikas Streitkräfte ins Desaster hineinziehen würde, ist oberste Priorität. Nichts verdeutlicht mehr als die Krisen in der Ostchinesischen See und am Persischen Golf die Grenzen amerikanischer Macht.<<